

10

Politische und gesellschaftliche Partizipation

Auszug aus dem
Sozialbericht 2024



Politische und gesellschaftliche Partizipation

10.1 Politische Integration und politisches Engagement

Bernhard Weßels
Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung (WZB)

WZB/SOEP

Die vergangenen Jahre haben die Menschen vor eine Reihe von Herausforderungen gestellt. In einer Situation gewachsener Unsicherheit – unter anderem verursacht durch die Coronapandemie, den Krieg in der Ukraine und die daraus resultierenden Fragen der Energieversorgung und Preissteigerungen oder die Verschärfung des Nahostkonflikts nach dem Angriff der Hamas auf Israel – werden politische Integration und politischer Zusammenhalt noch wichtiger. Doch auch in normalen Zeiten ist die Frage der politischen Integration und der sozialen Teilhabe in einer sich immer stärker sozial und kulturell differenzierenden Gesellschaft wie der der Bundesrepublik Deutschland für den Zusammenhalt und Erhalt der Demokratie zentral. Demokratie bedeutet die Möglichkeit der gleichen Teilhabe an den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen. Durch gleiche Wahlen bestimmen die Bürgerinnen und Bürger ihre politischen Repräsentantinnen und Repräsentanten, durch politische Beteiligung können sie Einfluss auf die Politik nehmen. Unter politischer Integration versteht man den Prozess, in dessen Verlauf sich die Bürgerinnen und Bürger durch ihre eigene politische Beteiligung in die politische Willensbildung einbringen und dadurch sowohl die demokratischen »Spielregeln«

anerkennen als auch Loyalitätsbeziehungen gegenüber den politischen Institutionen und Akteuren entwickeln. Demokratie braucht Beteiligung, und Beteiligung ohne zivilgesellschaftliche Akteure ist kaum denkbar. Wie viel Beteiligung nötig ist, bleibt eine offene Frage. Die Unterschiede bei politischer Beteiligung und der Stärke der Zivilgesellschaft zwischen den demokratischen Gesellschaften zeigen, dass es keine eindeutige empirische Messlatte dafür gibt. Wenn eine Gesellschaft hinter ein bereits erreichtes Ausmaß an politischer Integration und Partizipation zurückfällt, kann dies jedoch als ein Warnsignal für die Demokratie gedeutet werden. Ebenso können große soziale und regionale Unterschiede in der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Politik darauf verweisen, dass eine gleichmäßige Integration in die Politik nicht gelingt. Treten soziale Disparitäten in der Beteiligung auf, ist ein Grundprinzip der Demokratie, das der politischen Gleichheit, verletzt.

Die Debatten über die »Mitgliederkrise« von Großorganisationen wie Parteien und Gewerkschaften, über Politik- und Parteienverdrossenheit sowie über sozial bedingte politische Ungleichheit legen es nahe, danach zu fragen, ob sich die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik heute weniger politisch beteiligen

als früher und ob sich Unterschiede zwischen sozialen, demografischen oder regionalen Gruppen ergeben. Sozial induzierte Ungleichheit in der politischen Teilhabe ist in den vergangenen Jahren zunehmend in der Diskussion. In demografischer Hinsicht ist insbesondere der Blick auf jüngere Altersgruppen und ihr »Hineinwachsen« in die Demokratie von Interesse. Zudem stellt sich selbst fast drei Jahrzehnte nach der deutschen Vereinigung die Frage, ob die Bürgerinnen und Bürger in den neuen Bundesländern in vergleichbarer Weise politisch integriert sind und einen ähnlich starken Zugang zum politischen Willensbildungsprozess finden wie jene im früheren Bundesgebiet.

10.1.1 Politisches Interesse und politische Partizipation

Das Interesse der Bürgerinnen und Bürger an Politik ist ein wichtiger Gradmesser dafür, inwieweit sie das politische Geschehen registrieren und an ihm teilnehmen,

das heißt, ob Politik für die Bürgerinnen und Bürger wichtig genug ist, um sich darüber zu informieren und sich gegebenenfalls dafür zu engagieren. Das politische Interesse wird durch die Frage »Wie stark interessieren Sie sich für Politik: sehr stark, stark, mittel, wenig oder überhaupt nicht?« bereits seit 1969 in repräsentativen Bevölkerungsumfragen erfasst.

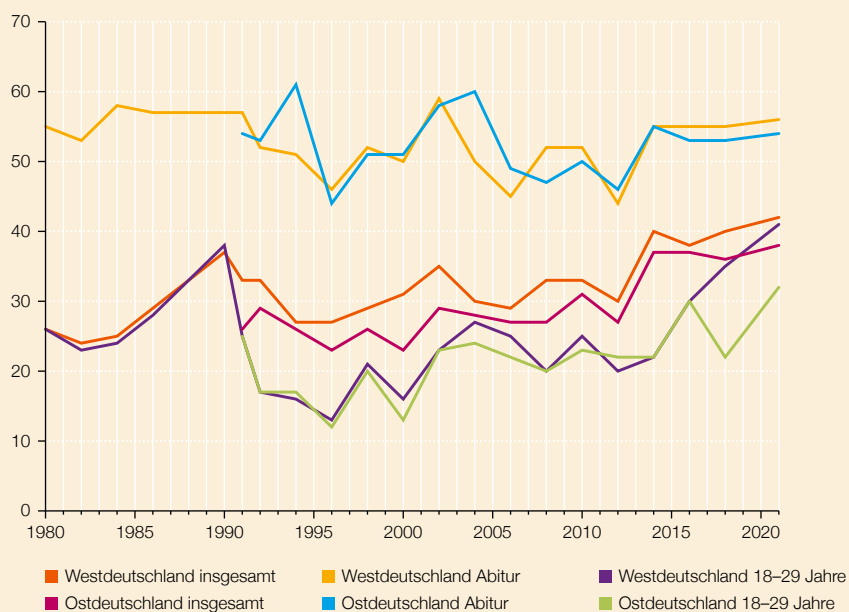
In den vergangenen Jahrzehnten hat sich der Anteil derjenigen, die sich stark oder sogar sehr stark für Politik interessieren, beständig und sehr dynamisch verändert. Zum Zeitpunkt der deutschen Vereinigung 1990 war er im früheren Bundesgebiet am höchsten und sank dann wieder ab. Allerdings lag das Niveau weiterhin höher als Anfang der 1980er-Jahre. Das politische Interesse stieg in den vergangenen Jahren insgesamt wieder deutlich, sodass es 2014 den Stand von 1990 erstmals wieder übertraf und sich bis 2021 weiterhin ein leichter Anstieg verzeichnen lässt. Das politische

Interesse war im früheren Bundesgebiet 2021 etwa 5 Prozentpunkte höher als zu seinem letzten Höhepunkt 1990. Der langfristige Vergleich zeigt, dass heute mehr Bürgerinnen und Bürger am politischen Geschehen interessiert sind als noch Ende der 1960er-Jahre. So waren 1969 lediglich 18 % stark oder sogar sehr stark an Politik interessiert, 2021 waren es in Westdeutschland 42 %. In Ostdeutschland waren die Bürgerinnen und Bürger bis etwa 2010 etwas weniger politisch interessiert als in Westdeutschland. Seit dem Jahr 2010 wurde dieser Unterschied sehr klein. ▶ Abb 1

Die deutlichen Unterschiede beim Interesse an der Politik zwischen jüngeren und älteren Bürgerinnen und Bürgern, die sich nach der Vereinigung 1990 etablierten, sind in Ostdeutschland aber noch sichtbar. Unter den 18- bis 29-jährigen Ostdeutschen lag das politische Interesse 6 Prozentpunkte unter dem des Durchschnitts der ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger. Vor 1990 interessierten sich Jüngere im damaligen Bundesgebiet nur geringfügig weniger für Politik. Im Durchschnitt der Jahre 1990 bis 2021 lag der Anteil der 18- bis 29-Jährigen, die sich für Politik interessierten, im früheren Bundesgebiet 10 Prozentpunkte und in den neuen Bundesländern 8 Prozentpunkte unter dem jeweiligen Bevölkerungsdurchschnitt. In Westdeutschland ist dieser Unterschied 2021 verschwunden.

Noch größer als die Differenz zwischen jüngerer Bevölkerung und Bevölkerungsdurchschnitt ist jene zwischen Personen mit Abitur und dem Bevölkerungsdurchschnitt. Unter den Bürgerinnen und Bürgern mit Abitur betrug der Anteil derjenigen, die sich stark oder sehr stark für Politik interessierten, 2021 im früheren Bundesgebiet 56 % und in den neuen Bundesländern 54 %. Damit lagen Personen mit Abitur im Westen etwa 14 und im Osten etwa 16 Prozentpunkte über dem Bevölkerungsdurchschnitt. Das politische Interesse ist also deutlich durch Alters- und Bildungsunterschiede geprägt, wohingegen regionale

▶ Abb 1 Politisches Interesse in der Bundesrepublik — in Prozent



Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, bei Haushaltsstichproben transformationsgewichtet.
Datenbasis: ALLBUS 1980–2021

Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland kaum festzustellen sind. Zugleich schwankten die Unterschiede im politischen Interesse zwischen der Gesamtbevölkerung und Bürgerinnen und Bürgern mit Abitur im Zeitverlauf. Die Differenz lag im Schnitt bei etwa 20 Prozentpunkten. Ein Trend lässt sich dabei aber nicht feststellen. Eine Zu- oder Abnahme bildungsbedingter Unterschiede im politischen Interesse ist seit der ersten Allgemeinen Bevölkerungsumfrage in den Sozialwissenschaften (ALLBUS) 1980 also nicht festzustellen. Auch die Coronapandemie hat am Ausmaß politischen Interesses nichts geändert.

Politisches Interesse ist sicherlich förderlich für politische Beteiligung. Das Repertoire der Beteiligungsformen hat sich über klassische institutionalisierte Formen wie Wahlen hinaus in den vergangenen Jahrzehnten stark ausgeweitet. Neben institutionalisierten Formen der Beteiligung wie der Mitarbeit in Parteien, Bürgerinitiativen, Vereinen und Organisationen nutzen Bürgerinnen und Bürger vermehrt Formen nicht institutionalisierter politischer Beteiligung wie die Kontaktaufnahme zu Politikerinnen und Politikern, Unterschriftensammlungen und Demonstrationen, um ihren Interessen Ausdruck zu verleihen (siehe dazu auch Kapitel 10.4, Seite 367). Diese Arten politischer Aktivität haben in Deutschland seit Ende der 1950er-Jahre kontinuierlich zugenommen. In diesem Zusammenhang wurde von einer »partizipatorischen Revolution« gesprochen, mit der sich nicht nur in Deutschland, sondern in allen modernen Demokratien nicht institutionalisierte Formen der politischen Beteiligung etablierten.

Die Anteile derjenigen, die angaben, in den zurückliegenden zwölf Monaten an den beiden häufigsten Formen nicht institutionalisierter Beteiligung, Unterschriftensammlungen und Demonstrationen, mitgewirkt zu haben, waren in den 1990er-Jahren recht stabil. Seit der Jahrtausendwende zeigt sich in Ost- wie in Westdeutschland eine mehr oder minder als Trend verlaufende Zunahme von Kon-

takten zu Politikerinnen und Politikern, sowie, noch deutlicher, der Mitarbeit in einer Organisation oder einem Verein. In Westdeutschland verzeichnet auch die Beteiligung an Unterschriftensammlungen einen klaren Trend nach oben. Die Pandemiejahre ab 2020 haben diesen Trend allerdings gebrochen. Die Eingrenzung der Bewegungsfreiheit und Einschränkung von Kontakten ließen weniger Möglichkeiten für kollektive Aktionen. In allen Beteiligungsformen mit Ausnahme von Demonstrationsteilnahmen und der Parteilarbeit hat es deutliche Einbrüche in den Beteiligungsanteilen gegeben. ▶ Abb 2

Bei Politikerkontakten gab es deutliche Einbrüche, die in beiden Landesteilen gleich stark waren. 2018 gaben 19 % in Ost- und 20 % in Westdeutschland an, Kontakt zu Politikerinnen und Politikern gehabt zu haben, 2020 dann 12 beziehungsweise 13 %. Relative Konstanz gab es bei den Demonstrationsteilnahmen (2020: 7 % im Osten, 8 % im Westen) und der Parteilarbeit (2020: 6 % im Osten,

7 % im Westen). Etwas größer sind die Unterschiede bei Unterschriftensammlungen (Westdeutschland: 23 %, Ostdeutschland: 20 %) – jeweils ein Rückgang von etwa 16 Prozentpunkten gegenüber 2018 – und bei der Arbeit in Vereinen und Organisationen (Westdeutschland: 24 %, Ostdeutschland: 16 %), ebenfalls in beiden Teilen Deutschlands mit deutlichen Rückgängen.

Werden die Werte zwischen Ost und West, zwischen Menschen mit und ohne Hochschulabschluss sowie zwischen Jüngeren und Älteren für das Jahr 2020 verglichen, sind die regionalen Unterschiede am geringsten und nahezu vernachlässigbar. Die politische Integration und Teilhabe sind in den neuen Bundesländern und im früheren Bundesgebiet fast gleich hoch ausgeprägt. Dasselbe lässt sich allerdings nicht für die Unterschiede zwischen Bildungsgruppen sagen. Hier zeigt sich bei allen Formen der Beteiligung eine sehr viel stärkere Beteiligung von Menschen mit Hochschulabschluss. 2020



lag die Beteiligungsquote der Bürgerinnen und Bürger mit einem Hochschulabschluss bei Unterschriftensammlungen 17 Prozentpunkte, bei der Arbeit in Vereinen und Organisationen 10 Prozentpunkte, bei Kontakten zu Politikerinnen und Politikern 9 Prozentpunkte und bei Parteiarbeit sowie Demonstrationen etwa 8 Prozentpunkte höher als bei denjenigen ohne Hochschulabschluss. ► Abb 3

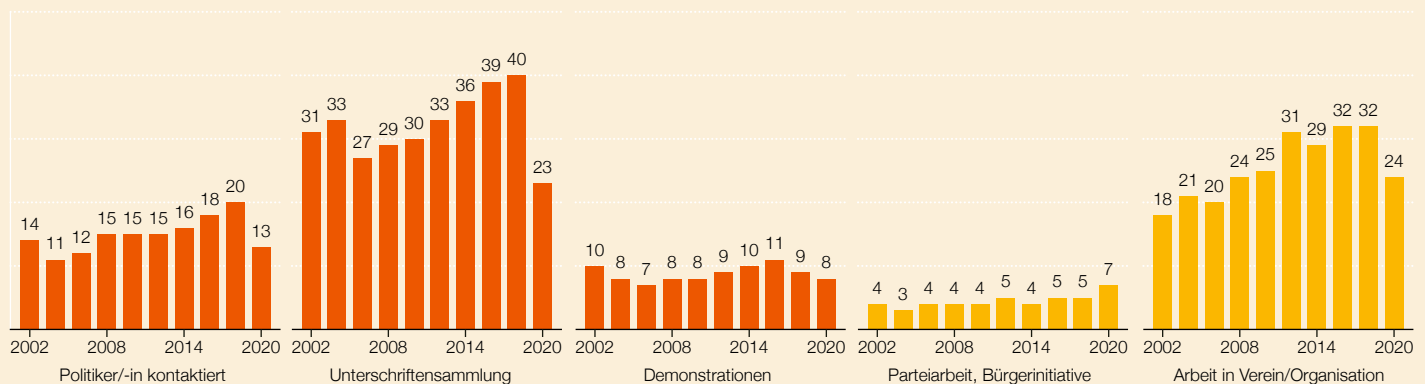
Der Vergleich zwischen jüngeren Bürgerinnen und Bürgern im Alter von 18 bis 29 Jahren und Älteren ab 30 Jahren zeigt, dass es über die verschiedenen Formen der Beteiligung hinweg keinen allge-

meinen Unterschied zwischen den beiden Gruppen gibt. Es sind nicht immer die Jüngeren, die sich stärker beteiligen, vielmehr kommt es auf die Art der Beteiligung an. Demonstrationen als Mittel der Beteiligung wurden 2020 von 16 % der Jüngeren genutzt, aber nur von 6 % der Älteren, und auch bei der Unterschriftensammlung war die Beteiligung der Jüngeren deutlich höher. Bei anderen Beteiligungsformen gab es nur geringe Unterschiede zwischen Jüngeren und Älteren. Personen im Alter von 30 Jahren und älter haben etwas häufiger Politikerinnen und Politiker kontaktiert.

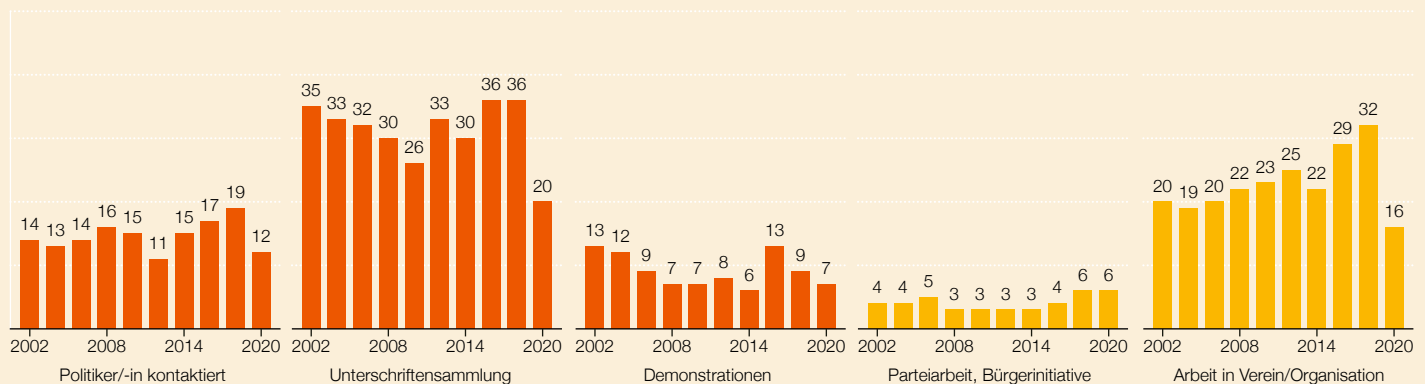
Was die Ausgeglichenheit der politischen Integration und politischen Teilhabe angeht, ergibt sich damit insgesamt ein gemischtes Bild. Die großen Unterschiede zwischen Ost und West sind verschwunden, auch die Unterschiede zwischen Jüngeren und Älteren verweisen nicht auf Defizite politischer Integration. Anders zu beurteilen ist das Gefälle in der Beteiligung von Menschen mit und ohne Hochschulbildung. Hier zeigen sich über alle Beteiligungsformen hinweg systematische Unterschiede, die als sozial induzierte politische Ungleichheit zu bewerten sind.

► Abb 2 Nicht institutionalisierte und organisatorische Formen der Beteiligung – in Prozent

Westdeutschland



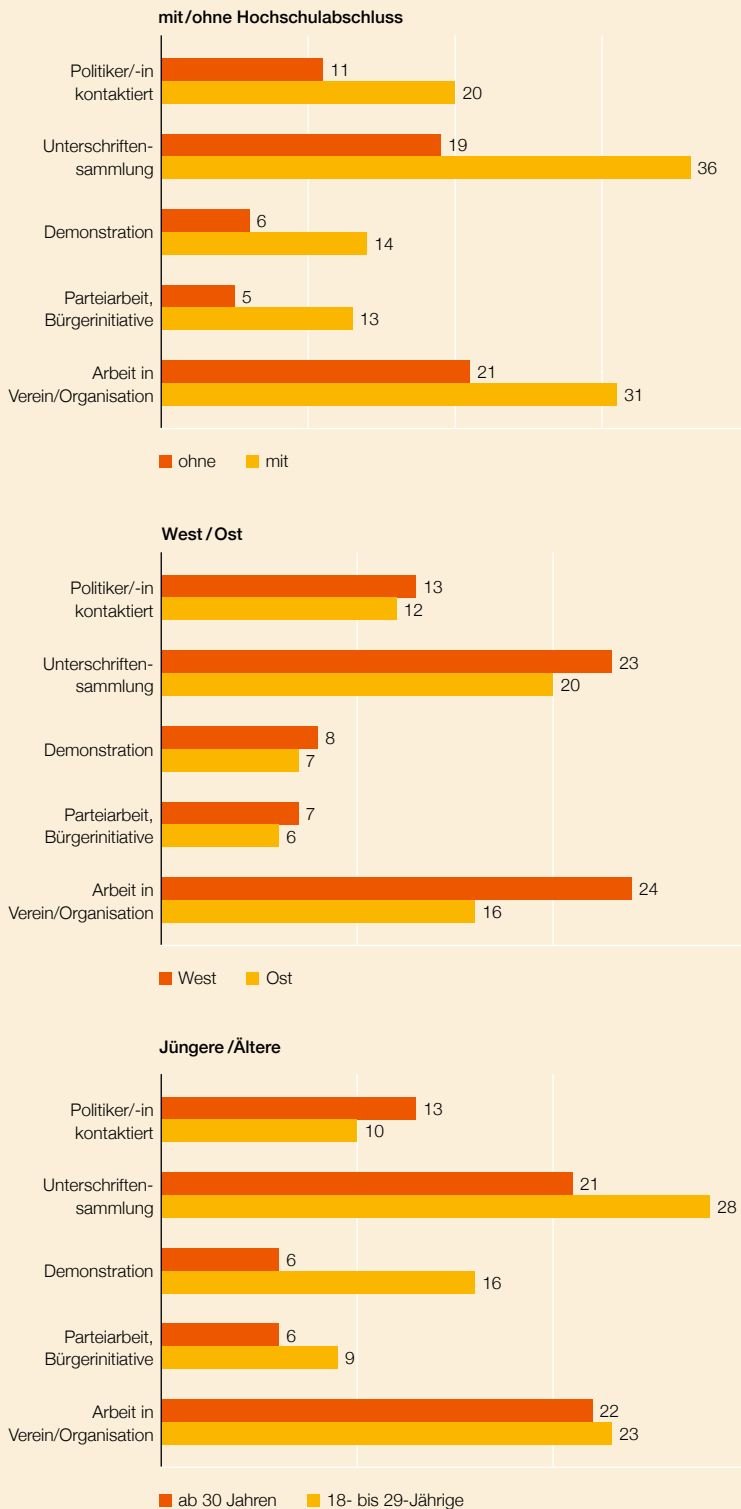
Ostdeutschland



■ nicht institutionalisierte Beteiligung ■ organisatorische Beteiligung

Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit.
Datenbasis: European Social Survey 1–10 (2002–2020)

► **Abb 3 Nicht institutionalisierte und organisatorische Formen der Beteiligung nach Bildung, Region und Alter 2020 — in Prozent**



Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit.
Datenbasis: European Social Survey 10, 2020

10.1.2 Bindung an Interessengruppen und politische Parteien

Die Mitgliedschaft in Interessengruppen und politischen Parteien ist ein weiterer Indikator für die Integration der Bürgerinnen und Bürger in den politischen Prozess. Diese Organisationen sind häufig durch gesellschaftliche Selbstorganisation entstanden und dienen dem Zweck der Vertretung gemeinsamer politischer, wirtschaftlicher, sozialer oder kultureller Interessen. Interessengruppen setzen sich auf verschiedene Weise für die Anliegen ihrer Mitglieder ein, zum Beispiel durch das Einwirken auf Parteien, Parlamente, Regierungen und Behörden oder die Öffentlichkeit im Allgemeinen. Politische Parteien sind unmittelbare Akteure des Regierungssystems. Da die Mitgliedschaft freiwillig ist, ist der Grad, zu dem die Bürgerinnen und Bürger sich in Interessengruppen und politischen Parteien organisieren, ein zentrales Merkmal der politischen Integration. Anders als die Wahlbeteiligung oder Formen nicht institutionalisierter Beteiligung, die für die Einzelne beziehungsweise den Einzelnen singuläre Ereignisse bleiben können, zeichnen sich Mitgliedschaften in Interessengruppen und politischen Parteien dadurch aus, dass sie in der Regel langfristig sind. Verliert die Mitgliedschaft in Interessengruppen und politischen Parteien für die Einzelne beziehungsweise den Einzelnen an Attraktivität, so ist dies zunächst ein Warnsignal für die jeweilige Organisation. Nehmen die Mitgliedschaften jedoch in großem Umfang über viele Organisationen hinweg ab, weist dies darüber hinaus auch auf generelle Probleme der Interessenvermittlung in einem politischen Gemeinwesen hin.

Im internationalen Vergleich zeichnet sich Westdeutschland durch einen recht hohen Organisationsgrad aus. In Westeuropa sind nur die Bürgerinnen und Bürger der Niederlande und der skandinavischen Länder stärker organisiert. Jüngere Daten für 2010, 2014 und 2018 sind aufgrund unterschiedlicher Erhebungsverfahren nicht mit früheren

► Tab 1 Mitgliedschaft in Organisationen — in Prozent

	Deutschland insgesamt						Westdeutschland						Ostdeutschland					
	nur Mitglied ¹			aktives Mitglied/ Ehrenamt ¹			nur Mitglied ¹			aktives Mitglied/ Ehrenamt ¹			nur Mitglied ¹			aktives Mitglied/ Ehrenamt ¹		
	2010	2014	2018	2010	2014	2018	2010	2014	2018	2010	2014	2018	2010	2014	2018	2010	2014	2018
Arbeit und Wirtschaft ²																		
Gewerkschaften	13	13	12	.	.	.	13	14	12	.	.	.	11	9	11	.	.	.
Politisch oder wertgebunden ²																		
politische Parteien	4	5	4	.	.	.	4	5	5	.	.	.	3	2	2	.	.	.
Menschenrechtsorganisationen	1	2	2	0	1	1	1	2	2	0	1	1	0	1	1	0	1	0
Naturschutzorganisationen	5	7	6	2	3	3	5	8	6	2	3	3	2	3	3	2	3	2
Bürgerinitiativen	1	1	1	1	2	1	1	1	1	1	2	1	0	0	1	1	1	1
Wohltätigkeitsvereine	6	7	6	5	7	6	6	8	7	5	8	7	3	3	3	3	4	2
Elternorganisationen	1	1	1	3	4	4	1	1	1	3	4	4	1	1	1	2	4	2
Selbsthilfe/Gesundheit	2	2	3	3	3	3	2	2	3	3	3	3	1	2	1	3	3	2
Rentner-, Seniorenvereine	1	1	1	1	2	1	1	1	1	1	2	1	1	1	0	2	2	1
Freizeit																		
Kultur-, Musikvereine	4	4	5	9	8	10	4	5	6	10	9	11	1	1	1	6	7	6
Sportvereine	8	10	10	24	23	26	9	11	11	25	24	27	4	3	5	18	20	19
sonstige Hobbyvereine	2	2	2	8	9	8	3	3	2	9	9	8	2	1	1	8	8	5
Mindestens einmal Mitglied																		
alle gelisteten Organisationen ³	59	61	62	.	.	.	61	64	66	.	.	.	50	48	47	.	.	.
nur Interessengruppen ^{2, 3}	34	39	37	.	.	.	36	42	39	.	.	.	27	29	25	.	.	.
- im Vergleich: Jüngere (18–29 Jahre)	21	27	30	.	.	.	21	28	32	.	.	.	18	17	18	.	.	.
- im Vergleich: mit Hochschulabschluss	47	50	47	.	.	.	48	51	50	.	.	.	43	47	32	.	.	.
Freizeitorganisationen ³	44	44	47	.	.	.	47	46	50	.	.	.	33	33	33	.	.	.

Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit.
¹ In »nur Mitglied« sind aktive und ehrenamtliche Mitgliedschaft nicht enthalten. Daten ergeben, wo erfasst, in der Summe den Mitgliedschaftsanteil.
² Als Interessengruppen gelten Organisationen aus den Kategorien »Arbeit und Wirtschaft« sowie »politisch oder wertgebunden«.
³ Zahlen für alle Mitgliedschaften: passives, aktives Mitglied oder Ehrenamt.
 . Nicht erhoben.
 Datenbasis: kumulierter ALLBUS 1980–2018; nur Jahre mit Mitgliedschaftsdaten

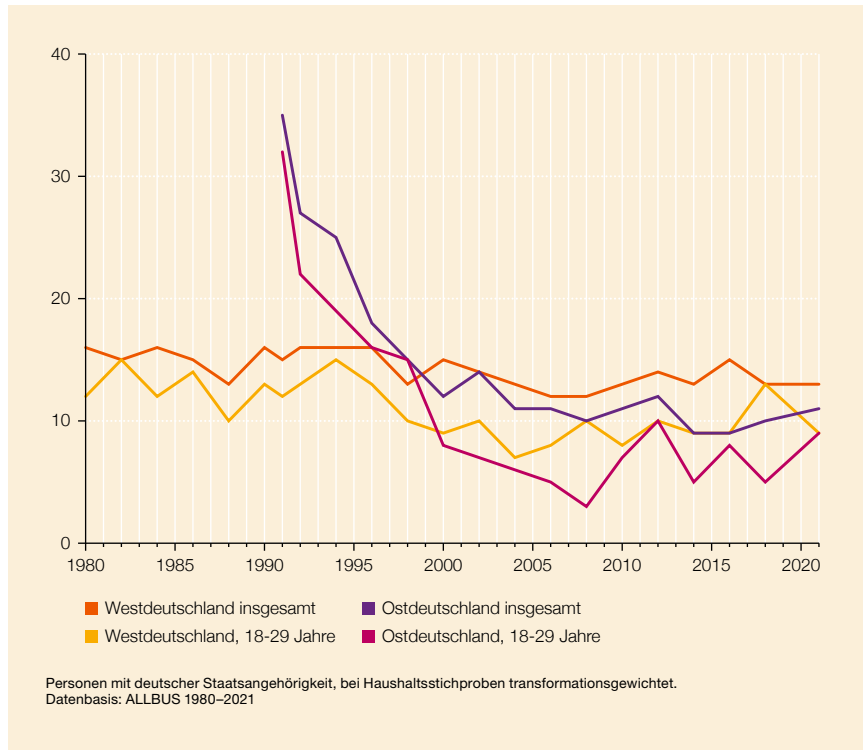
Daten vergleichbar und erlauben daher keine Schlussfolgerungen über die langfristige Mitgliederentwicklung. Es gibt aber Hinweise, die vermuten lassen, dass der gesellschaftliche Organisationsgrad, also der Anteil der Bürgerinnen und Bürger mit mindestens einer Mitgliedschaft in Ostdeutschland zurückgegangen und in Westdeutschland angestiegen ist. Für die politische Integration ist die Mitgliedschaft in Interessengruppen zentral. Hier gibt es ein Auf und Ab zwischen den drei Zeitpunkten, was eher für Stabilität – bei einem deutlich niedrigeren Niveau in Ostdeutschland – spricht. Gleiches trifft für den Bereich der Freizeitorganisationen zu. ► Tab 1

Im Altersvergleich weichen die Jüngeren hinsichtlich ihrer Mitgliedschaftsanteile in Interessenorganisationen deutlich nach unten vom Durchschnitt der Bürgerinnen und Bürger ab. Auch nach Bildungsabschluss sind deutliche Differenzen beobachten. Hier ergeben sich deutlich höhere Anteile für Akademikerinnen und Akademiker als für den Bevölkerungsdurchschnitt. Auch bezogen auf Organisationsmitgliedschaften verteilt sich die Teilhabe also ungleich zugunsten der Bessergebildeten.

Die langfristige Entwicklung der Mitgliedschaften der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland lässt sich aufgrund veränderter Frageformate in den ALLBUS-

Studien zwar nicht über alle Organisationsbereiche hinweg beurteilen. Allerdings ist eine solche Beurteilung hinsichtlich der Gewerkschaftsmitgliedschaften möglich. Der massive Rückgang von Gewerkschaftsmitgliedern in den neuen Bundesländern in den Jahren 1992 bis 1998 schwächte sich zwar in den Folgejahren deutlich ab, setzte sich aber dennoch bis etwa 2008 fort. Seitdem scheint sich der gewerkschaftliche Organisationsgrad der erwachsenen Bevölkerung mit leichten Schwankungen auf gleichem Niveau zu halten. Die Anfang der 1990er-Jahre noch stark ausgeprägten Unterschiede zwischen Ost und West im durchschnittlichen Organisationsgrad sind fast ver-

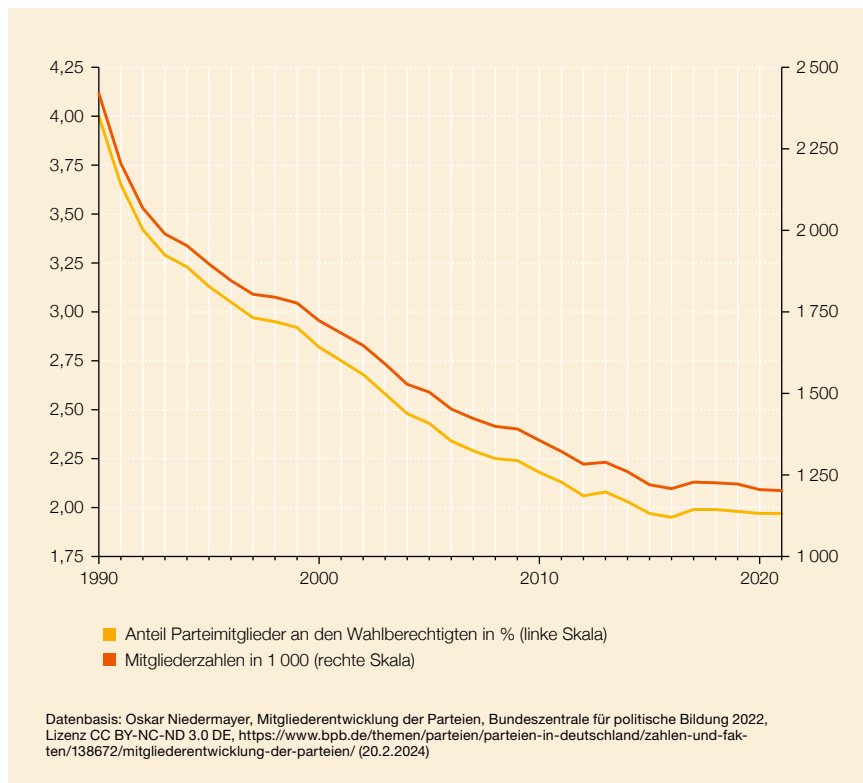
► Abb 4 Gewerkschaftsmitgliedschaft – in Prozent



schwunden. Auch die große Kluft zwischen der jüngeren Bevölkerung der 18- bis 29-Jährigen und dem Durchschnitt der Bevölkerung, der in Westdeutschland besonders deutlich in den Jahren 2000, 2004 und 2016 und in Ostdeutschland besonders in den Jahren 2002 und 2008 zu beobachten war, hat sich verringert. Bei den Gewerkschaftsmitgliedschaften zeigen sich zwar keine deutlichen regionalen, sozialen oder demografischen Ungleichheiten mehr. Die Integrationskraft hat aber dennoch nachgelassen, insbesondere, wenn die ostdeutsche Entwicklung betrachtet wird. ► Abb 4

Die Mitgliedschaft in politischen Parteien verzeichnet sogar eine noch dramatischere Entwicklung. Die starken Mitgliederrückgänge bei den Gewerkschaften seit der Vereinigung fallen im Vergleich zu denen der politischen Parteien noch moderat aus. Anhand der von den Parteien berichteten Mitgliederzahlen lässt sich nachvollziehen, dass diese innerhalb von zweieinhalb Jahrzehnten rund eine Million und damit etwa 40 % ihrer Mitglieder verloren haben. Während 1990 noch knapp 4 % der Wahlberechtigten in politischen Parteien organisiert waren, waren es 2021 nicht einmal mehr 2 %. ► Abb 5

► Abb 5 Parteimitgliedschaft



Nimmt man alle Interessenorganisationen einschließlich Gewerkschaften und politischer Parteien zusammen, sind das drastische Entwicklungen, die die Frage aufwerfen, ob und inwieweit primär auf die politische Interessenvertretung und -vermittlung ausgerichtete Organisationen zukünftig noch in der Lage sein werden, ihren Beitrag zur politischen Willensbildung und politischen Integration zu leisten.

Dazu gegenläufig entwickelt sich hingegen der Anteil freiwillig engagierter Personen (siehe Kapitel 10.3, Seite 358). Nach dem Freiwilligensurvey – einer repräsentativen Umfrage, die seit 1999 alle fünf Jahre durchgeführt und vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert wird – ist das freiwillige Engagement in den vergangenen zwei Jahrzehnten signifikant

gestiegen und die Ost-West-Unterschiede sind kleiner geworden. Die größten Anteile freiwillig engagierter Personen finden sich in den Bereichen Sport und Bewegung, Kultur und Musik sowie Soziales. Die Anteile in den Bereichen der Politik und Interessenvertretung sind demgegenüber sehr gering.

10.1.3 Fazit

Zusammengefasst verweisen die Ergebnisse einerseits darauf, dass der Grad politischer Integration bezogen auf die traditionellen, organisatorischen Formen der Beteiligung, allen voran Mitgliedschaften in Gewerkschaften und politischen Parteien, in den vergangenen zwei Jahrzehnten deutlich zurückgegangen ist. Allerdings entwickelt sich der Anteil freiwillig engagierter Personen vor allem im Freizeitbereich positiv. Dennoch verlieren Interessengruppen und Parteien an Mitgliederattraktivität. Andererseits haben nicht institutionalisierte Formen politischer Beteiligung nicht an Bedeutung verloren. Politik spielt für die Bürgerinnen und Bürger nach wie vor eine große Rolle, ein vollständiger Rückzug findet nicht statt. Das politische Interesse erreichte 2021 in Ost- und Westdeutschland sogar einen Höchststand. Dass die Unterschiede zwischen neuen Bundesländern und früherem Bundesgebiet ebenso wie die zwischen Jüngeren und der Gesamtbevölkerung sich vermindern oder sogar ganz zu verschwinden scheinen, ist positiv zu vermerken. Ein negativer Befund ist allerdings, dass Teilhabe und Integration in Organisationen und Aktionsformen stark

sozial geschichtet sind. Darauf verweisen die beträchtlichen Unterschiede zwischen Personen ohne und mit Hochschulabschluss. Zusammengefasst mit dem Befund, dass traditionelle institutionalisierte Formen der Politik und politischen Beteiligung an Attraktivität für die Bürgerinnen und Bürger verlieren und sich das Ausmaß politischer Integration in die institutionalisierte Politik abgeschwächt hat, bleibt es ein Warnsignal für Politik und Gesellschaft. Durch die Coronapandemie sind viele gemeinnützige Einrichtungen, Vereine und Interessenorganisationen in eine Notlage geraten. Dass die Zivilgesellschaft geschwächt aus dieser Krise hervorgegangen ist, lässt sich am Rückgang des Engagements in den Jahren 2020/21 ablesen. Allerdings ist das alles vorübergehend. Im Freizeitbereich haben sich die Rückgänge in den Mitgliederzahlen bereits wieder erholt, wie jüngste Zahlen zeigen.

Da Vereine und Organisationen die Lernzellen für die politische Beteiligung sind, weil dort in unmittelbaren Gruppenzusammenhängen Interessen formuliert und für die Artikulation aufbereitet werden, ist der Rückgang von Mitgliedschaften in den traditionellen Verbänden und Organisationen nicht unproblematisch. Ob nicht institutionalisierte Formen der Beteiligung, vor allem wenn sie einen individualistischen Zug haben, das Defizit kollektiver Interessenvermittlung durch geschwächte Organisationen der Zivilgesellschaft werden kompensieren können, ist fraglich.

10.2 Einstellungen zur Demokratie

Marlene Mauk,
Anne-Kathrin Stroppe
GESIS Köln

WZB/SOEP

Die Stabilität und das Funktionieren eines demokratischen Regierungssystems hängen davon ab, dass die Bürgerinnen und Bürger der Demokratie positiv gegenüberstehen. Deshalb ist es förderlich, wenn sie zum einen die Demokratie als Staatsform allgemein befürworten und zum anderen die Demokratie im eigenen Land positiv beurteilen. Die vergangenen Jahre waren in Deutschland ebenso wie in anderen Ländern von den krisenhaften Auswirkungen der Coronapandemie geprägt, in deren Folge Bewegungen wie »Querdenken« zum Sprachrohr fundamentaler Kritik am Umgang mit der Pandemie wurden und mitunter das Funktionieren der Demokratie in Deutschland grundsätzlich infrage stellten. Innerhalb der deutschen Parteienlandschaft schloss sich insbesondere die rechtspopulistische Alternative für Deutschland (AfD) dieser Systemkritik an und konnte eine Reihe von Wahlerfolgen feiern. Neben der Pandemie dominierten die immer deutlicher werdenden Auswirkungen des Klimawandels sowie die fortbestehende Herausforderung der Integration von Geflüchteten und Eingewanderten die politische Debatte und können sich ebenfalls auf die Demokratiezufriedenheit auswirken.

Die Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschen sind auch mehr als 30 Jahre nach der deutschen Vereinigung immer noch ein Thema der öffentlichen Diskussion. Diese Diskussion umfasst auch das unterschiedliche Wahlverhalten in West- und Ostdeutschland sowie die Einstellungen zur Demokratie. Da das staatssozialistische System der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (DDR) unter aktiver Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zusammengebrochen ist und sich die überwältigende Mehrheit der Ostdeutschen für die deutsche Vereinigung ausgesprochen hat, wurde erwartet, dass die Mehrheit der Ostdeutschen nicht nur die Demokratie allgemein, sondern auch die Demokratie in Deutschland positiv beurteilt. Frühere Studien haben gezeigt, dass die Ostdeutschen zwar mehrheitlich die Demokratie

als Staatsform allgemein präferieren, der Demokratie in Deutschland jedoch kritischer gegenüberstehen. Eine wichtige Frage ist, ob die Ostdeutschen mit zunehmender Erfahrung mit der bundesrepublikanischen Demokratie ein positiveres Verhältnis zur Demokratie in Deutschland entwickelt haben. Diese Frage stellt sich insbesondere in Bezug auf die jüngeren Generationen in Ostdeutschland, die in diesem demokratischen System aufgewachsen sind.

10.2.1 Akzeptanz der Demokratie als Staatsform

Die grundlegende Einstellung zur Demokratie wird mit der direkten Frage danach erhoben, ob die Demokratie die beste Staatsform sei oder ob es eine bessere gebe. Alternative Herrschaftsordnungen – zum Beispiel kommunistisch-autoritäre Regime oder die Herrschaft eines »starken Mannes« – werden hierbei nicht vorgegeben.

Die in Tabelle 1 präsentierten Daten dokumentieren, dass kurz nach der deutschen Vereinigung im Jahr 1991 die Ostdeutschen sich mit einer großen Mehrheit von 70 % für die Demokratie als beste Staatsform aussprachen. Die Zustimmung der Westdeutschen war mit 86 % noch deutlich höher. Im Zeitverlauf schwankten die Urteile der Ost- und Westdeutschen um diese jeweils hohen Werte. Vor allem in den Jahren 2005 und 2006 wurden die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen etwas größer, weil die Zustimmung in Ostdeutschland leicht abnahm. Im Jahr 2006 betrug die Differenz 26 Prozentpunkte. Dabei handelte es sich jedoch um keinen längerfristigen Trend, denn ab 2008 stieg in Ostdeutschland die Zustimmung zur Demokratie als Staatsform wieder an. Nach den letzten verfügbaren Daten aus dem Jahr 2022 lag die Zustimmung in Ostdeutschland bei 80 %, in Westdeutschland bei 87 %. Die Differenz zwischen Ost- und Westdeutschen reduzierte sich somit auf 7 Prozentpunkte und auch die politischen Maßnahmen zur Eindämmung der

► Tab 1 Akzeptanz der Demokratie als Staatsform — in Prozent

	Westdeutschland								Ostdeutschland							
	1991	2000	2005	2006	2008	2014	2019	2022	1991	2000	2005	2006	2008	2014	2019	2022
»Die Demokratie ist die beste Staatsform.«	86	92	85	89	86	90	91	87	70	78	64	63	68	82	79	80
»Es gibt eine andere Staatsform, die besser ist.«	3	3	6	3	3	5	4	7	7	8	22	12	11	9	10	9
»Unentschieden.«	11	5	9	8	11	5	5	6	23	14	14	25	21	9	11	11

Quellen: E. Roller, Einstellungen zur Demokratie im vereinigten Deutschland, in: Krause/Ostner (Hrsg), Leben in Ost- und Westdeutschland, Frankfurt a. M. 2010, S. 599; E. Holtmann et al., Deutschland 2014, Bonn 2015, S. 189; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2020: 30 Jahre Mauerfall, GESIS Datenarchiv, Köln, ZA6737; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2023: Lebensverhältnisse in Ost und West, GESIS Datenarchiv, Köln, ZA7915

Coronapandemie scheinen weder in Ost- noch in Westdeutschland einen Abfall der Akzeptanz der Demokratie als Staatsform nach sich gezogen zu haben. ► Tab 1

10.2.2 Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland

Ein etwas anderes Bild zeigt sich bezüglich der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland. Diese Einstellung bezieht sich weniger auf die Verfassungsnorm, das heißt die in der Verfassung implementierte Form der Demokratie, als vielmehr auf die Verfassungsrealität oder die Wirklichkeit der Demokratie in Deutschland. In die Beurteilung dieser Verfassungsrealität können verschiedene Aspekte eingehen. Insbesondere das Funktionieren institutioneller Mechanismen (zum Beispiel der Austausch von Regierung und Opposition und die Gewährleistung der Gleichheit vor dem Gesetz), die Handlungen der Regierenden (zum Beispiel Berücksichtigung von Interessen verschiedener Bevölkerungsgruppen oder Amtsmissbrauch) und die Ergebnisse dieses Handelns (zum Beispiel wirtschaftliche und sozialpolitische Leistungen) dürften bei der Beurteilung des Funktionierens der Demokratie eine Rolle spielen.

Die in Abbildung 1 präsentierten Zeitreihen für die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in

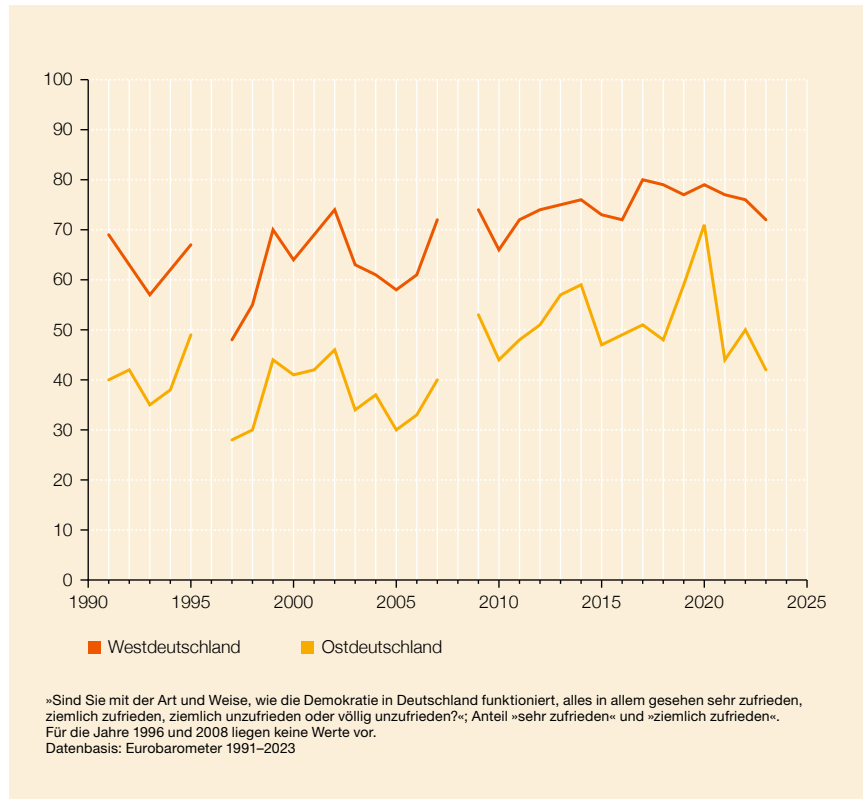
Deutschland zeigen eine deutliche Differenz zwischen Ost- und Westdeutschland. Über den gesamten Zeitraum von 1991 bis 2023 hinweg waren im Westen Deutschlands durchschnittlich mehr als zwei Drittel (69 %) der Bürgerinnen und Bürger zufrieden, während im Osten durchschnittlich weniger als die Hälfte (45 %) zufrieden war. Es gab erhebliche Schwankungen im Zeitverlauf, die parallel in Ost- und Westdeutschland zu beobachten waren. Das heißt, dass die Bürgerinnen und Bürger in beiden Teilen Deutschlands ganz ähnlich auf bestimmte Ereignisse reagierten; dies aber auf unterschiedlichem Niveau. Hinsichtlich der Struktur dieser Schwankungen ist bemerkenswert, dass zu den Bundestagswahlen mit Ausnahme von 2005 und 2021 ein Anstieg der Demokratiezufriedenheit erfolgte (1994, 1998, 2009, 2013, 2017). Die nach der Bundestagswahl 2009 im Jahr 2010 erfolgte Abnahme der Demokratiezufriedenheit dürfte auf die europäische Wirtschafts-, Banken- und Staatsschuldenkrise (sogenannte »Euro-Krise«) zurückgehen, die sich ab 2009 aus der globalen Finanzmarktkrise 2007/08 entwickelte. Die Krise wurde in Deutschland von heftigen Debatten um den Euro-Rettungsschirm sowie Sorgen um die deutsche Wirtschaftsleistung begleitet. Diese Abnahme umfasste in West und Ost aber weniger als 10 Prozentpunkte und war

nicht von Dauer, denn bis 2014 nahm die Demokratiezufriedenheit in beiden Landesteilen kontinuierlich wieder zu. ► Abb 1

Nach 2014 war sowohl in West- als auch in Ostdeutschland ein Abfall der Demokratiezufriedenheit festzustellen. Besonders deutlich war das in Ostdeutschland der Fall, wo die Demokratiezufriedenheit von 59 % (2014) auf 47 % (2015) sank. Dieser Abfall ist vermutlich auf die hohe Zahl von in Deutschland ankommenden Geflüchteten zurückzuführen. Basierend auf Daten des Politbarometers wurde ab Anfang 2015 das Thema »Ausländer/Integration/Flüchtlinge« von den deutschen Bürgerinnen und Bürgern als das wichtigste Problem in Deutschland angegeben; erst Anfang 2019 wurde es vom Themenkomplex »Umwelt/Klima/Energiewende« abgelöst.

In den Jahren 2016 und 2017 stieg die Demokratiezufriedenheit in Ostdeutschland an und erreichte 2019 den Wert von 59 %. In Westdeutschland lag die Demokratiezufriedenheit 2017 auf ihrem Höchststand und ging seitdem leicht zurück. Obgleich Bürgerinnen und Bürger weiter Migration und Integration als wichtige Probleme nannten, wurde die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie dadurch offenbar nicht nachhaltig negativ beeinflusst. Bemerkenswert ist, dass in Ostdeutschland 2020 ein sprunghafter Anstieg der Demokratiezufriedenheit auf den Spitzenwert von 71 %

► Abb 1 Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie — in Prozent



zu verzeichnen ist. Dieser bricht allerdings 2021 deutlich ein: Weniger als die Hälfte der Personen gab zu dem Zeitpunkt an, mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland zufrieden zu sein. Ursächlich für dieses Auf und Ab ist vermutlich die Coronapandemie, in deren Anfangszeiten das Krisenmanagement der Bundesregierung zunächst hohe Zustimmung fand. 2021 hingegen mehrte sich die Kritik am Umgang mit der Pandemie, insbesondere an der Einschränkung von Grundrechten und dem weitgehenden Ausbleiben einer politischen Debatte über die Angemessenheit der Maßnahmen.

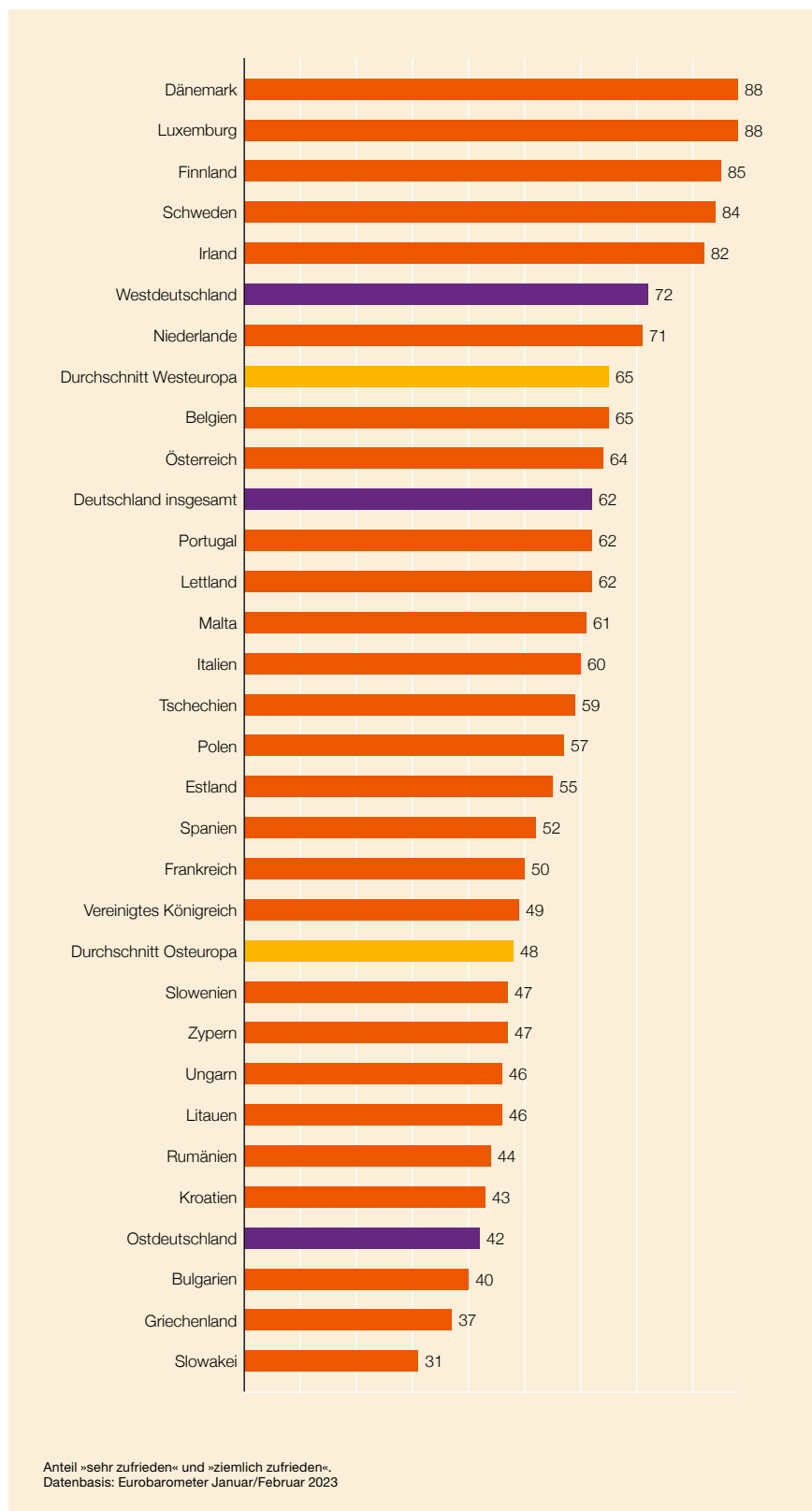
Bemerkenswert an den beiden Zeitreihen zur Demokratiezufriedenheit in West- und Ostdeutschland ist, dass die Differenz zwischen beiden Teilen Deutschlands mit Ausnahme von 2020 über den gesamten Zeitraum weitgehend

bestehen blieb. 1991 betrug diese Differenz 29 Prozentpunkte, im Jahr 2023 lag sie bei 30 Prozentpunkten. Mehr als 30 Jahre nach der deutschen Vereinigung gibt es keine Hinweise darauf, dass die zunehmenden Erfahrungen der Ostdeutschen mit der Demokratie dazu beitragen würden, die Kluft in der Demokratiezufriedenheit zwischen Ost- und Westdeutschen dauerhaft zu verringern.

Ein Vergleich mit den anderen 26 Mitgliedsländern der Europäischen Union (EU) sowie Großbritannien kann darüber Aufschluss geben, wie die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland einzuschätzen ist. Im Januar/Februar 2023 rangierte die Demokratiezufriedenheit in Westdeutschland deutlich über dem westeuropäischen Durchschnitt. Lediglich in den skandinavischen Ländern, in Luxemburg und in Irland war die Zufriedenheit mit dem



► **Abb 2** Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie im eigenen Land 2023
— in Prozent



Funktionieren der Demokratie noch weiter verbreitet. In Ostdeutschland lag die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie hingegen im EU-weiten Vergleich auf einem der letzten Plätze und deutlich unter dem Durchschnitt sowohl der westeuropäischen als auch der osteuropäischen Länder. Lediglich in Bulgarien, Griechenland und der Slowakei war die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie Anfang 2023 noch geringer verbreitet als in Ostdeutschland. ► **Abb 2**

Im Durchschnitt wiesen vor allem Länder Ost- und Südosteuropas eher niedrigere Werte der Verbreitung von Demokratiezufriedenheit auf.

Waren die Bürgerinnen und Bürger in den besonders stark von der Euro-Krise betroffenen Ländern wie Griechenland, Spanien, Italien, Portugal und Irland ab 2009 bis circa 2017 noch vermehrt unzufrieden mit der Demokratie in ihren Ländern, so hatte sich die Lage in fast allen diesen Ländern – mit Ausnahme Griechenlands – bis 2023 weitgehend erholt. Vergleichsweise niedrig war die Demokratiezufriedenheit zudem im Vereinigten Königreich nach dessen EU-Austritt und in Frankreich, das von Protesten gegen die Rentenreform geprägt war. In der Mehrzahl der westeuropäischen Länder war die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger trotz der Coronapandemie, der Klimakrise, der Herausforderungen angesichts der Aufnahme von Geflüchteten oder des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU mit dem Funktionieren der Demokratie im eigenen Land zufrieden.

Unter den osteuropäischen EU-Mitgliedsländern zeigen sich erhebliche Differenzen bei der Demokratiezufriedenheit. Während in Lettland, Tschechien, Polen und Estland mehr als die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie des eigenen Landes war, traf dies in den anderen osteuropäischen EU-Mitgliedsländern sowie im Durchschnitt der osteuropäischen Länder nur für eine Minderheit zu. Am geringsten war der Wert in der Slowakei, wo weniger als ein Drittel (31 %) der Menschen zufrieden war.

10.2.3 Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie bei verschiedenen Bevölkerungsgruppen

Tabelle 2 zeigt Unterschiede der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland nach Geschlecht, Alter, beruflicher Stellung, ideologischer Orientierung (links-rechts) und Parteipräferenz. Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland zeigen sich einige auffällige Abweichungen vom Durchschnitt. Erstens waren sowohl Frauen als auch Arbeitslose seltener zufrieden mit

dem Funktionieren der Demokratie als der jeweilige Bevölkerungsdurchschnitt. Auffällig ist zweitens der geringe Anteil unter den Anhängerinnen und Anhängern der Alternative für Deutschland (AfD), die angaben, zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie zu sein: Im Westen betrug dieser Anteil 2023 lediglich 13 % und im Osten sogar nur 7 %. Im Vergleich sind 40 beziehungsweise 41 % der CDU/CSU-Anhängerinnen und -Anhänger zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie. Wird jedoch, drittens, nach der ideologischen Orientierung

unterschieden, wiesen bemerkenswerterweise weder in Ost- noch in Westdeutschland ideologisch rechtsorientierte Bürgerinnen und Bürger die geringste Demokratiezufriedenheit auf, sondern diejenigen, die sich selbst der politischen Mitte zuordnen. ▶ Tab 2

In Ostdeutschland zeigt sich zudem eine deutliche Staffelung nach Altersgruppen: In der jüngsten Altersgruppe der 18- bis 34-Jährigen ist die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie am weitesten verbreitet, während sich die Altersgruppe der über 60-Jährigen häufiger kritisch gegenüber dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland äußert. Möglicherweise zeigt sich hier, dass die älteren Generationen, die noch im staatssozialistischen System der DDR sozialisiert wurden, unrealistischere Vorstellungen von und Erwartungen an die Demokratie haben als die jüngeren Generationen, die bereits im wiedervereinigten, demokratischen Deutschland aufgewachsen sind.

▶ Tab 2 Zufriedenheit verschiedener Bevölkerungsgruppen mit der Demokratie – in Prozent

	2022 ¹		2023 ²	
	West	Ost	West	Ost
Insgesamt	63	49	38	29
Geschlecht				
Männer	64	53	45	36
Frauen	62	45	32	23
Altersgruppen				
18–34 Jahre	75	58	41	39
35–59 Jahre	58	50	34	29
ab 60 Jahren	62	46	42	21
Berufliche Stellung				
Selbstständige	57	69	33	/
abhängig Beschäftigte	63	50	38	32
Arbeitslose	/	/	27	/
Rentner/-innen, Pensionäre/-Pensionärinnen	62	45	44	/
Ideologische Orientierung				
links	.	.	50	37
Mitte	.	.	38	25
rechts	.	.	40	40
Parteipräferenz				
CDU/CSU	68	52	41	40
SPD	64	61	54	/
FDP	58	50	38	/
Bündnis 90/Die Grünen	87	80	60	/
Die Linke	50	41	42	/
AfD	13	9	13	7

Vergleich über die Zeit aufgrund der unterschiedlichen Erhebungsmethoden nicht möglich.

¹ Anteil »eher zufrieden« (alternative Antwortkategorie: »eher unzufrieden«).

² Anteil »sehr zufrieden« und »eher zufrieden«.

.

/ Nicht erhoben.

/ Fallzahl zu gering (N<30).

Datenbasis: Lebensverhältnisse in Ost und West 2022, ZA7915; GLES Tracking April 2023, ZA7712

10.2.4 Zusammenfassung

Die Analysen zeigen insgesamt, dass es bei den Einstellungen zur Demokratie in Deutschland immer noch beträchtliche Unterschiede zwischen Westen und Osten gibt, insbesondere was die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie im eigenen Land betrifft. Die Befunde der vergangenen Jahre belegen aber auch die Krisenbeständigkeit der Demokratie: Trotz kurzfristiger und teilweise kritischer Reaktionen auf den Umgang mit politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Krisen zeichnen sich langfristig kaum Trends bezüglich der Zunahme oder Abnahme der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie ab.

10.3 Zivilgesellschaftliche Organisationen und zivilgesellschaftliches Engagement

Mareike Alscher, Eckhard Priller
Maecenata Institut für Philanthropie
und Zivilgesellschaft
Luise Burkhardt
Bundesverband Deutscher Stiftungen

WZB/SOEP

Gerade in gesellschaftlich bewegten Zeiten, wie wir sie seit 2015 mit den zunehmenden Migrationsströmen, den Jahren der Coronapandemie, der Jahrhundertflut im Ahrtal 2021 oder dem Krieg in der Ukraine erleben, hat das zivilgesellschaftliche Engagement einen unverzichtbaren Stellenwert. Es trägt zum Funktionieren der Gesellschaft bei, ist Zeichen für Solidarität, stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und erhöht die individuelle Lebensqualität. Die Bedeutung des zivilgesellschaftlichen Engagements verändert sich angesichts der größeren und kleineren gesellschaftlichen Problemlagen sowie einer zunehmenden Individualisierung und dem damit verbundenen Verlust sozialer Bindungen.

Unter zivilgesellschaftlichem Engagement wird ein individuelles Handeln verstanden, das sich durch Freiwilligkeit, fehlende persönliche materielle Gewinnabsicht und eine Ausrichtung auf das Gemeinwohl auszeichnet. Ein Engagement kann die Bereitstellung von Zeit beinhalten, es kann aber auch durch das Spenden von Geld oder anderen materiellen Gütern erfolgen. Das Engagement findet im öffentlichen Raum statt, das heißt zu meist in zivilgesellschaftlichen Organisationen oder in weniger organisationsgebundenen Zusammenschlüssen.

Zivilgesellschaftliche Organisationen bilden die wesentliche institutionelle Infrastruktur für das Engagement. Es handelt sich bei der Gesamtheit dieser Organisationen um jenen gesellschaftlichen Bereich, der zwischen den Polen Markt, Staat und Familie angesiedelt ist. Das Spektrum reicht von den sehr großen Organisationen der Wohlfahrtsverbände wie Caritas oder Diakonie über Umweltorganisationen wie den Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) bis zu kleinen Vereinen, die vor allem auf lokaler Ebene tätig sind. Die Organisationen sind durch eine formale Struktur, organisatorische Unabhängigkeit vom Staat, eigenständige Verwaltung, gemeinnützige Ausrichtung und freiwilliges Engagement gekennzeichnet. Darüber hinaus gibt es zivilgesellschaftliches Engagement in weniger formalisier-

ten Zusammenschlüssen oder in Form informeller Aktivitäten außerhalb von Organisationen. Es erfolgt eher spontan im Alltag, ist in der Regel zeitlich und räumlich befristet sowie zumeist personell – zum Beispiel an die Nachbarschaft oder den Bekanntenkreis – gebunden.

10.3.1 Zivilgesellschaftliche Organisationen als Infrastruktur des Zivilengagements

Organisationen wie Vereine, Verbände, Stiftungen, gemeinnützige Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Genossenschaften sowie weniger formalisierte Organisationen wie Bürgerinitiativen bilden die institutionelle und infrastrukturelle Seite des Zivilengagements in Deutschland. Insgesamt ist dieser Bereich sehr vielschichtig, dynamisch und durchdringt die gesamte Gesellschaft. Die Gesamtzahl der Organisationen in ihrer unterschiedlichen Größe, Zusammensetzung und Rechtsform wird bislang jedoch nicht systematisch erfasst. Nur für einzelne Organisationsformen wie eingetragene Vereine und rechtsfähige Stiftungen bürgerlichen Rechts liegen aktuelle Angaben vor. Die Vereinslandschaft weist anhand der Angaben der Vereinsregister bei den deutschen Amtsgerichten ein hohes Wachstum auf. Vereine üben oft koordinierende Aufgaben aus und vertreten die Interessen der Mitglieder gegenüber der Politik. In diesen Funktionen gestalten sie viele Gesellschaftsbereiche aktiv mit. Zu den eingetragenen Vereinen kommen schätzungsweise mehrere Hunderttausend nicht eingetragene Vereine, die keine Eintragung in den Vereinsregistern haben und zu deren Anzahl keine genauen Informationen vorliegen.

In den vergangenen 60 Jahren stieg die Zahl der in Deutschland eingetragenen Vereine beträchtlich: Sie versiebenfachte sich von rund 86 000 im Jahr 1960 (Westdeutschland) auf rund 616 000 im Jahr 2022 (Gesamtdeutschland). Die steil ansteigende Kurve der eingetragenen Vereine veranschaulicht ein Wachstum, wie es nur in wenigen gesellschaftlichen Bereichen zu

beobachten ist. Gleichwohl nahmen die Neueintragungen der Vereine in den vergangenen Jahren ab. Während sich 1995 noch rund 22 000 Vereine neu in die Vereinsregister eintragen ließen, waren es 2016 rund 13 500 und 2021 nur noch etwa 10 000. Gleichzeitig stieg die Zahl der Löschungen von Vereinen aus den Vereinsregistern stetig an. 1995 wurden rund 4 500 Löschungen vorgenommen, 2021 traf dies für rund 8 000 Vereine zu. ▶ Abb 1

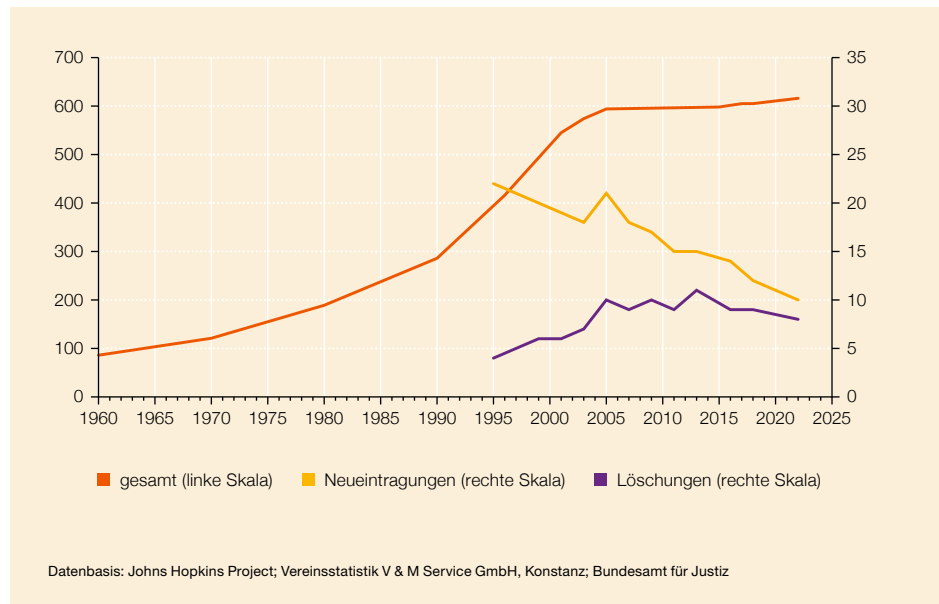
Doch nicht nur die Zahl der eingetragenen Vereine ist – über einen längeren Zeitraum betrachtet – absolut angestiegen, auch die Vereinsdichte hat bis heute stark zugenommen: Sie stieg zwischen 1960 und 2021 von 160 auf 740 Vereine je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Sie vervielfachte sich damit nahezu gegenüber Anfang der 1960er-Jahre. Da der überwiegende Anteil des Engagements in Vereinen stattfindet, sind Veränderungen in diesem Feld für das Engagement insgesamt von zentraler Bedeutung.

Einen bedeutenden Aufschwung erfuhr neben dem Vereinswesen das Stiftungswesen in Deutschland. Stiftungen sind bedeutende Engagementsträger, wie das Beispiel der Bürgerstiftungen zeigt. Auch fördern sie Engagement in hohem Maße, indem sie finanzielle Mittel für die

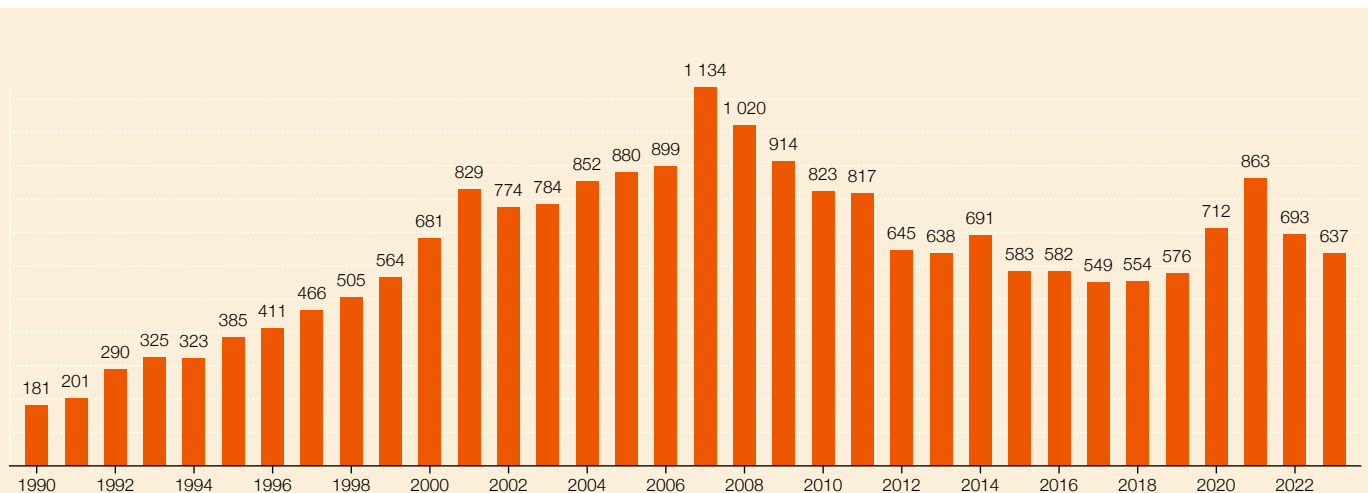
Realisierung von Projekten bereitstellen, in denen Engagierte aktiv sind. Nach einer Studie des Bundesverbands Deutscher Stiftungen (2024) bestanden Ende des Jahres 2023 insgesamt 25 777 rechtsfähige Stiftungen bürgerlichen Rechts. Ein besonders hoher Anstieg von Stiftungsgründungen zeigte sich bis zur Mitte der 2000er-Jahre

und erreichte im Jahr 2007 mit 1 134 Neugründungen den höchsten Zuwachs. Im Jahr 2023 wurden 637 Stiftungen neu gegründet. Davon entfielen 79 auf die ostdeutschen Flächenländer (ohne Berlin). Somit hatten im Jahr 2023 rund 12 % der neu gegründeten Stiftungen ihren Sitz in ostdeutschen Bundesländern. ▶ Abb 2

▶ Abb 1 Entwicklung der Anzahl der Vereine in Deutschland – in Tausend

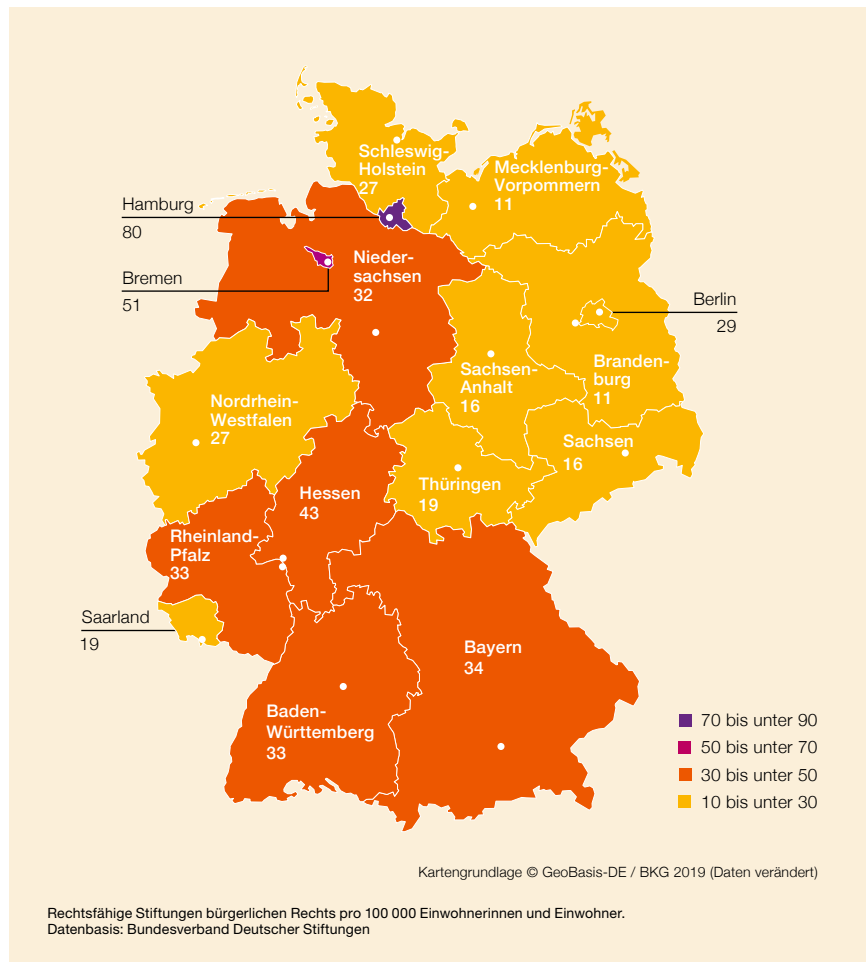


▶ Abb 2 Stiftungserrichtungen in Deutschland



Rechtsfähige Stiftungen bürgerlichen Rechts.
Datenbasis: Bundesverband Deutscher Stiftungen, Stichtag jeweils 31.12.

► Abb 3 Stiftungsdichte nach Bundesländern 2023



Auch der Bestand an Stiftungen in West- und Ostdeutschland weist auf den noch immer deutlichen Unterschied in der Stiftungslandschaft in beiden Landesteilen hin. Im Jahr 2023 gab es in den fünf ostdeutschen Bundesländern (ohne Berlin) 1 903 (7 %), in westdeutschen Bundesländern 22 973 (89 %) und in Berlin 1 081 (4 %) Stiftungen. Dieser Unterschied ist nur partiell durch Größenunterschiede in der Bevölkerung zu erklären, wie ein Blick auf den Stiftungsbestand in Relation zur Bevölkerung offenbart (Stiftungsdichte als Anzahl der Stiftungen je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner). Während die Stiftungsdichte in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern mit 11, in Sachsen-Anhalt und Sachsen mit 16 und

in Thüringen mit 19 Stiftungen je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner im Jahr 2023 besonders gering war, war sie in Hessen mit 43, Bayern mit 34, Baden-Württemberg mit 33 sowie in Bremen mit 51 höher. Hamburg lag mit 80 Stiftungen je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner an der Spitze. Durchschnittlich bestanden in Deutschland 31 Stiftungen je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner. ► Abb 3

Eine Studie des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen (2022) zeigt auf, dass neben dem reinen Größeneffekt durch die Bevölkerung weitere strukturelle Faktoren, vor allem die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Regionen, Einfluss auf die regionalen Diskrepanzen in der Stiftungsdichte haben.

In Deutschland gibt es, im Unterschied zu den USA, nur wenige große Stiftungen, die durch ihr Stiftungskapital über hohe Vermögenserträge verfügen. Der überwiegende Teil der rechtsfähigen Stiftungen bürgerlichen Rechts hat einen eher geringen Vermögensstock. Das ergab eine Befragung des Stiftungspanels des Bundesverbands Deutscher Stiftungen, die anhand von Merkmalen der Grundgesamtheit (zum Beispiel Bundesland, Gründungsjahr) gewichtet wurde. Demnach hatten im Jahr 2023 fast zwei Drittel (64 %) der Stiftungen ein Stiftungskapital von unter einer Million Euro. Im Einzelnen hatte jede siebte Stiftung (15 %) ein Vermögen von bis zu 100 000 Euro, fast die Hälfte der Stiftungen (48 %) verfügte über ein Stiftungskapital zwischen 100 000 und 1 Million Euro und knapp ein Viertel (23 %) über 1 bis 10 Millionen Euro. Bei 13 % lag das Vermögen bei über 10 Millionen Euro.

10.3.2 Zivilgesellschaftliches Engagement von Einzelnen

Das freiwillige und unentgeltlich geleistete individuelle Engagement ist ein unverzichtbares Kernelement der zivilgesellschaftlichen Organisationen. So waren 2022 rund 70 % der Organisationen ausschließlich auf der Grundlage freiwillig engagierter Personen tätig. An das Zivilengagement wird ein ganzes Bündel von Erwartungen geknüpft. Besonders wichtig ist dabei die Sicherung der Partizipationschancen der Bürgerinnen und Bürger, indem für sie Möglichkeiten geschaffen werden, sich unmittelbar an gesellschaftlichen Belangen zu beteiligen. Das Engagement beschränkt sich dabei nicht nur auf das Wirken in speziellen Organisationen der politischen oder allgemeinen Interessenvertretung, sondern reicht von Sport und Freizeit über Kultur und Soziales bis zu Umwelt und Tierschutz. Als Basis demokratischer Gesellschaften tragen die Aktivitäten in diesen Organisationen zur Interessenbündelung und -artikulation bei. Durch die Herausbildung von demokratischen Normen, sozialen Netzen und Vertrauensverhältnissen fördern sie Kooperation, die Fähigkeiten

zum Kompromiss, einen zivilen Umgang und führen letztendlich dazu, dass die Gesellschaft insgesamt besser funktioniert. Auch im Kontext von internationalen Konfliktherden, Naturkatastrophen und insbesondere Fluchtmigration kommt dem zivilgesellschaftlichen Engagement bei der Unterstützung betroffener Menschen ein hoher Stellenwert zu.

Die Rolle des zivilgesellschaftlichen Engagements ist sehr unterschiedlich. Beispielsweise unterscheidet sich das Engagement im Rahmen eines Sportvereins von jenem in Bürgerinitiativen und solchen Organisationen, die als sogenannte Themenanwälte in Bereichen wie Umwelt oder in internationalen Aktivitäten, zum Beispiel im Katastrophenschutz oder in der Entwicklungszusammenarbeit, tätig sind. Doch auch die Rolle zahlreicher Sportvereine ist mit der Zeit über ihren engen Tätigkeitskontext hinausgewachsen. Ihre integrative Funktion, die sie vor allem auf lokaler Ebene innehaben, darf nicht unterschätzt werden. So öffnen sich die Vereine häufig im Rahmen von Sportveranstaltungen und -festen für Familienangehörige und Interessierte oder organi-

sieren Veranstaltungen im kommunalen Raum für einen breiten Teilnehmerkreis.

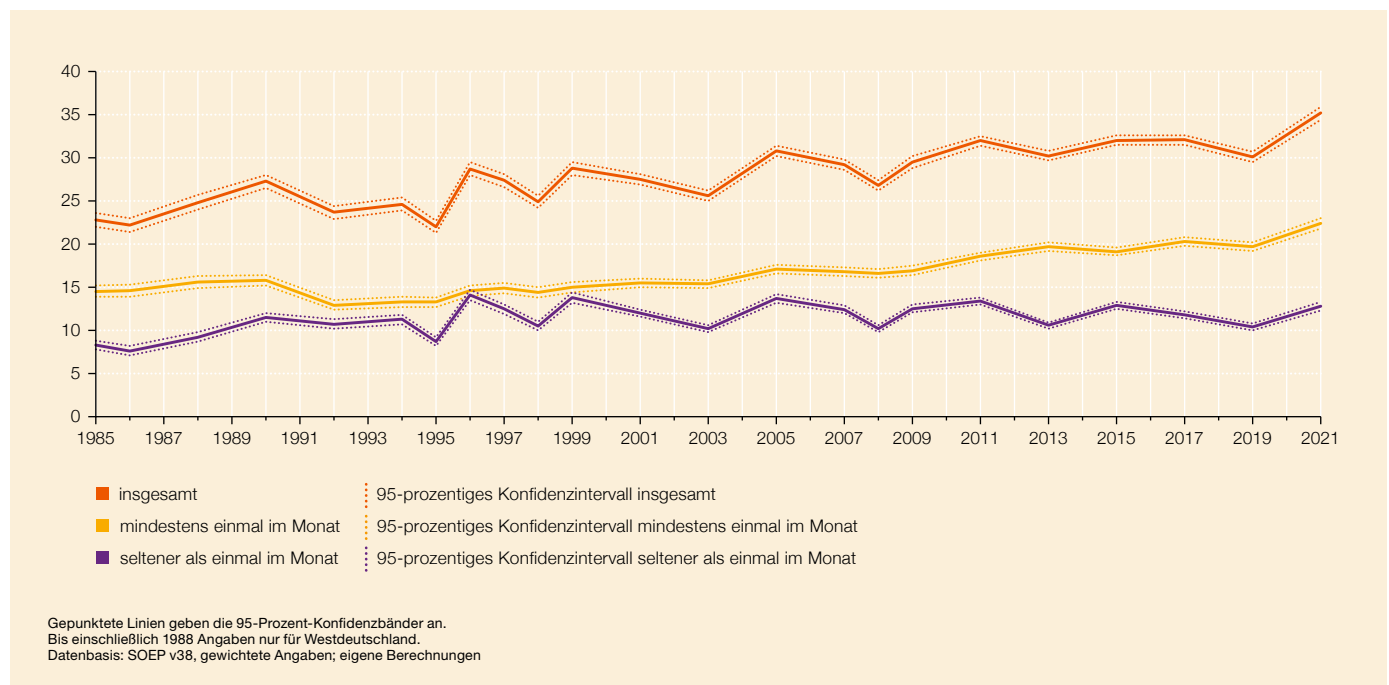
Nach einer Langzeitbetrachtung auf Basis von Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) stieg der Anteil der Engagierten in der Bevölkerung ab 17 Jahren von fast einem Viertel (24 %) im Jahr 1992 auf mehr als ein Drittel (35 %) im Jahr 2021. Der Vergleich zwischen einem regelmäßigen (mindestens einmal im Monat) und einem selteneren ehrenamtlichen Engagement zeigt, dass das regelmäßige Engagement im Zeitverlauf beständig zugenommen hat. 2021 gab mehr als ein Fünftel (22 %) an, sich mindestens einmal im Monat engagiert zu haben. Auch der Anteil jener, die sich seltener engagieren, stieg tendenziell an, unterlag jedoch größeren Schwankungen. Nachdem zwischenzeitlich ein leichter Rückgang von 13 % im Jahr 2015 auf 10 % im Jahr 2019 zu beobachten war, stieg das Engagement, das seltener als mindestens einmal im Monat ausgeübt wird, in den vergangenen Jahren wieder an und lag 2021 erneut bei 13 %. ▶ Abb 4

Auch aus anderen Erhebungen, wie dem Freiwilligensurvey, der den Engage-

mentbegriff weiter fasst und schon Personen ab einem Alter von 14 Jahren einbezieht, wissen wir, dass sich ein konstant hoher Anteil der Bevölkerung freiwillig engagiert. Der Anteil betrug demnach seit dem Jahr 2004 mehr als ein Drittel und erreichte im Jahr 2019 einen Anteil von 40 %. Die Daten des SOEP und des Freiwilligen-survey zeigen, dass sich hinter der insgesamt hohen Stabilität beim Engagement und dem Anstieg der Beteiligung eine Reihe von gruppenbezogenen Unterschieden und gegenläufigen Tendenzen verbergen. Sie werden bereits sichtbar, wenn die Entwicklung des Engagements nach Altersgruppen näher betrachtet wird.

Gerade in der Gruppe der Jüngeren im Alter von 17 bis 29 Jahren ist das freiwillige Engagement in den vergangenen 20 Jahren deutlich angewachsen. Den Daten des SOEP zufolge verzeichnete das Engagement dieser Altersgruppe einen besonders hohen Anstieg von 26 % im Jahr 1990 auf 43 % im Jahr 2021. Dabei fällt der Zuwachs um 10 Prozentpunkte zwischen 2019 und 2021 deutlich aus. Eine mögliche Ursache für diese Entwicklung ist in der Coronapandemie zu sehen.

► Abb 4 Entwicklung der Engagementbeteiligung — in Prozent



► **Tab 1 Zivilengagement nach soziodemografischen Gruppen — in Prozent**

	Zivilgesellschaftliches Engagement				
	1990	2001	2011	2019	2021
Insgesamt	27	28	32	30	35
Geschlecht					
Männer	34	31	34	32	38
Frauen	21	24	30	28	32
Alter					
17–29 Jahre	26	26	35	33	43
30–49 Jahre	34	31	34	30	36
50–64 Jahre	28	30	33	30	35
ab 65 Jahren	15	21	27	28	30
Erwerbsstatus					
Erwerbstätige	32	31	35	33	38
Nichterwerbstätige	24	25	30	24	30
Ausbildung / Lehre	27	25	30	31	49
Rentner/-innen, Pensionäre / Pensionärinnen, auch Frührente ab 60 Jahren	19	22	27	27	28
Bildungsniveau					
kein Abschluss / Hauptschulabschluss	24	23	26	24	27
Realschulabschluss / Fachhochschulreife	31	32	35	32	36
Abitur / abgeschlossenes Hochschulstudium	39	38	43	41	47
Region					
Ostdeutschland	27	23	27	26	35
Westdeutschland	28	29	33	31	35
Religionszugehörigkeit / Glaubensbekenntnis¹					
mit Religionszugehörigkeit / Glaubensbekenntnis	28	28	35	34	34
ohne Religionszugehörigkeit / Glaubensbekenntnis	25	19	26	24	24
Familienstand					
alleinerziehend	27	21	26	25	31
Single-Haushalt	20	23	27	28	30
Paarhaushalt (ohne Kinder / Kinder über 16 Jahre)	28	28	34	31	37
Paarhaushalt (mind. 1 Kind unter 16 Jahren)	32	32	37	34	39

Im Sozio-oekonomischen Panel wird das ehrenamtliche Engagement erfasst, also das organisationsgebundene zivilgesellschaftliche Engagement in Vereinen und Verbänden.

Abweichungen zu den gemessenen Engagementquoten in anderen Studien sind unter anderem auf verschiedene Definitionen zivilgesellschaftlichen Engagements zurückzuführen.

1. Angaben zur Religionszugehörigkeit im SOEP aus den Jahren 1990, 2003, 2011 und 2019.

Datenbasis: SOEP v38, gewichtete Angaben

► **Tab 2 Zivilengagement nach Bereichen — in Prozent**

	Zivilgesellschaftliches Engagement nach Bereichen				
	1999	2004	2009	2014	2019
Sport	10	10	9	15	14
Kultur und Musik	4	5	4	8	9
Sozialer Bereich	3	5	4	8	8
Schule und Kindergarten	5	6	6	8	8
Kirchlicher oder religiöser Bereich	4	5	6	7	7
Freizeit und Geselligkeit	6	5	5	6	6
Umwelt, Naturschutz oder Tierschutz	2	2	2	3	4
Außerschulische Jugendarbeit oder Bildungsarbeit für Erwachsene	1	2	2	3	4
Politik und politische Interessenvertretung	2	2	2	3	3
Unfall- oder Rettungsdienst oder Freiwillige Feuerwehr	3	3	3	3	3
Gesundheitsbereich	1	1	2	2	2
Berufliche Interessenvertretung außerhalb des Betriebes	2	2	2	2	2
Justiz und Kriminalitätsprobleme	1	0	1	1	1

Datenbasis: Freiwilligensurvey 1999, 2004, 2009, 2014, 2019

Jüngere Menschen, die nicht primär zur Risikogruppe gehörten, waren offenbar auch häufiger bereit, sich zu engagieren, wie eine internationale Studie der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO, 2020) zeigt. Diese untersuchte das freiwillige Engagement der 18- bis 29-Jährigen in 112 Ländern, darunter auch Deutschland, in den ersten Monaten der Pandemie. Bei der ersten Befragung im April 2020 gaben rund 20 % der befragten Jugendlichen an, sich häufig in Initiativen zu engagieren, die Unterstützung in der Pandemie anbieten. Einen Monat später waren es bereits 38 %. Es ist anzunehmen, dass das Engagement junger Menschen mit der Lockerung der Kontaktbeschränkungen weiter zugenommen hat.

Zudem ist bei dieser Altersgruppe das Bewusstsein für gesellschaftliches und politisches Engagement gestiegen. Dies spiegelt sich besonders im Bereich Umwelt- und Klimaschutz wider, wie eine Studie des Umweltbundesamts und des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz zeigt (BMUV/UBA, 2021, 2022). Der Anteil derjenigen 14- bis 22-Jährigen, die sich bereits einmal in Umwelt- oder Klimaschutzorganisationen engagiert haben, stieg von 22 % im Jahr 2019 auf 36 % im Jahr 2021. Auch bei älteren Menschen ab 65 Jahren gab es laut den Daten des SOEP eine kontinuierliche Steigerung des Engagements. Die relativ hohe Beteiligung beim Engagement kann als Ausdruck eines aktiven Alterns und einer Zunahme des lebenslangen Lernens interpretiert werden. ► [Tab 1](#)

Neben dem Alter variiert das zivilgesellschaftliche Engagement mit dem Bildungsgrad, Erwerbsstatus, Geschlecht und dem Wohnort sowie der Religionszugehörigkeit und der Haushaltssituation der Menschen: Personen mit einem hohen Bildungsabschluss, Erwerbstätige, Männer, Menschen mit Religionszugehörigkeit und Personen, die in Paarhaushalten leben, sind häufiger zivilgesellschaftlich engagiert. Bemerkenswert ist die Entwicklung des Engagements in Ost- und Westdeutschland. Nach 1990 bis zum Jahr

2019 waren Personen in den westdeutschen Bundesländern in allen Jahren deutlich häufiger engagiert als Personen in Ostdeutschland – bei einer kontinuierlichen Annäherung der Engagementquoten. Im Jahr 2021 gab es erstmals keinen Unterschied mehr in der Engagementbeteiligung zwischen den ostdeutschen und den westdeutschen Bundesländern.

10.3.3 Zivilgesellschaftliches Engagement nach Bereichen mit Fokus auf Kultur und Umwelt

Das Engagement verteilt sich auf verschiedene Bereiche, deren Bedeutung

sich im Lauf der Zeit mit dem Wandel gesellschaftlicher Rahmenbedingungen verändert. Bereiche, in denen sich nach Angaben des Freiwilligensurveys von 2019 die meisten Menschen ab 14 Jahren freiwillig engagierten, waren Sport und Bewegung (14 %), Kultur und Musik (9 %), der soziale Bereich (8 %) sowie Schule und Kindergarten (8 %). ▶ Tab 2

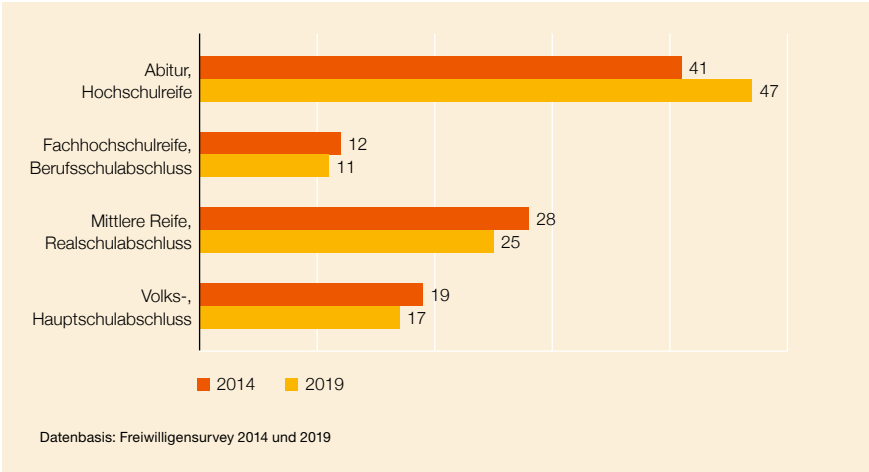
In den vergangenen 20 Jahren stieg der Anteil der Engagierten besonders in diesen Bereichen an. Der höchste Zuwachs des Anteils von Engagierten mit jeweils 5 Prozentpunkten ist bei Kultur und Musik sowie im sozialen Bereich

festzustellen. Aber auch im Umwelt-, Natur- und Tierschutz verdoppelte sich der Anteil der Engagierten zwischen 1999 (2 %) und 2019 (4 %).

Laut der Studie »Freiwilliges Engagement in der Kultur« (2022) der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung e. V. auf Basis der Daten des Freiwilligensurveys zeigen sich deutliche Unterschiede in der Engagementbeteiligung in Abhängigkeit von den Bildungsabschlüssen. Im Bereich Kultur und Musik sind demnach besonders Menschen mit einem formal höheren Bildungsabschluss aktiv. Dieser Trend hat sich 2019 gegenüber 2014 weiter verstärkt. ▶ Abb 5

Berücksichtigt man den organisationalen Kontext des zivilgesellschaftlichen kulturellen Engagements, so ist der Verein weiterhin die vorherrschende Organisationsform. Laut der repräsentativen Befragung der organisierten Zivilgesellschaft in Deutschland (ZiviZ-Survey) hat der Anteil der zivilgesellschaftlichen Organisationen, die von sinkenden Engagiertenzahlen berichten, zugenommen. Das traf besonders auf die Kulturorganisationen zu. Dort stieg der Anteil der Organisationen, die von einer Abnahme der freiwillig Engagierten berichteten, von 12 % (zwischen 2012 und 2017) auf 22 % (zwischen 2017 und 2023). ▶ Tab 3

► Abb 5 Engagement nach Bildungsabschlüssen in Kultur und Musik — in Prozent



► Tab 3 Mitglieder- und Engagiertenentwicklung in Kultur- und Umweltorganisationen — in Prozent

	Zeitraum 2012–2017			Zeitraum 2017–2023		
	zivilgesellschaftliche Organisationen insgesamt	Kulturorganisationen	Umweltorganisationen	zivilgesellschaftliche Organisationen insgesamt	Kulturorganisationen	Umweltorganisationen
Mitgliederentwicklung						
gesunken	22	26	23	21	28	14
unverändert	43	41	32	49	46	45
gestiegen	35	32	45	30	27	41
Engagiertenentwicklung						
gesunken	15	12	13	21	22	15
unverändert	66	67	61	59	58	53
gestiegen	20	21	26	20	20	32

Durch Rundungen ergeben die Angaben in den Spalten nicht immer 100%.
Datenbasis: ZiviZ-Survey 2017 und 2023

Ein gesellschaftlicher Bereich, in dem die Anteile der zivilgesellschaftlichen Organisationen und der engagierten Personen deutlich gestiegen sind, ist der Umwelt- und Naturschutz. Zwischen 2012 und 2017 berichtete ein Viertel (26 %) der Umweltorganisationen von gestiegenen Engagiertenzahlen. Zwischen 2017 und 2023 stieg dieser Wert nochmals an und erreichte fast ein Drittel (32 %). Mit den zunehmend spürbaren Klimaveränderungen machen sich die Menschen nicht nur Sorgen um die Umwelt und das Klima, sondern setzen sich auch für deren Schutz ein (siehe Kapitel 10.1, Seite 345, und Kapitel 12.4, Seite 413).

Folgt man einer Langzeitstudie des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und des Umweltbundesamts (Umweltbewusstsein in Deutschland, 2023), ist die Engagementbeteiligung trotz deutlicher Schwankungen insgesamt durch einen Anstieg gekennzeichnet. Der Anteil der Personen, die sich aktiv im Bereich Umwelt- und Naturschutz engagieren, hat sich demnach zwischen 2006 (6 %) und 2022 (17 %) verdreifacht.

Die Angaben des Freiwilligensurveys 2019 zum Bereich Umwelt-, Natur- und Tierschutz zeigen, dass hier Frauen und Männer mit gleich hohen Anteilen vertreten waren. Die Unterschiede nach anderen soziodemografischen Merkmalen wie dem Alter oder der Bildung fielen ebenfalls gering aus.

Das zivilgesellschaftliche Engagement erfolgt auch im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes zumeist in Vereinen. Die Ergebnisse des ZiviZ-Survey weisen hier Zuwächse an Organisationen aus. So nahmen die Anteile zivilgesellschaftlicher Organisationen mit dem Haupttätigkeitsfeld Umwelt- und Naturschutz zwischen 2012 (3 %) und 2023 (5 %) um zwei Prozentpunkte zu. Die Mitglieder- und Engagiertensituation ist bei einem großen Anteil der Umweltorganisationen stabil oder im Wachsen begriffen.

Für den Umweltbereich ergibt sich eine prosperierende Gesamtlage, da das individuelle Engagement zugenommen hat, es

anteilig mehr Organisationen in diesem Feld gibt und diese zumeist von stabilen bis positiven Entwicklungen der Mitglieder- und Engagiertenzahlen profitieren.

10.3.4 Gering organisationsgebundenes und informelles Engagement

Neben dem organisationsgebundenen Engagement, also jenem in zivilgesellschaftlichen Organisationen, finden auch in anderen Zusammenschlüssen Aktivitäten des freiwilligen Engagements statt. Es handelt sich dabei um ein weniger organisationsgebundenes Engagement, das in Selbsthilfegruppen, der Nachbarschaftshilfe, Initiativen, Projekten, selbstorganisierten Gruppen oder auch allein erfolgt und damit in geringerem Maße von Organisationen (wie Vereinen) reguliert wird. Das Engagement in solchen weniger formalisierten Zusammenschlüssen folgt seltener festen Regeln und hierarchischen Strukturen, wie sie zum Beispiel in Sportvereinen oder in Wohlfahrtsorganisationen zu finden sind. Die Engagierten bestimmen selbstständig über Ziele oder Aktivitäten, da bestimmte Gremien wie Vorstände fehlen. Einer geringeren Kontinuität und Planbarkeit des Engagements stehen dabei größere Spielräume für Kreativität und Improvisation gegenüber.

Diese Form des Engagements hat ebenfalls einen Bedeutungsaufschwung erfahren und in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Im Jahr 1999 waren nach Angaben des Freiwilligensurveys 10 % der Engagierten in solchen Zusammenschlüssen aktiv, 2019 waren es 17 %.

Dabei zeigen sich auffällige Unterschiede zwischen Frauen und Männern. Frauen engagierten sich im Jahr 2019 häufiger (20 %) in individuell organisierten Gruppen als Männer (15 %). Der Unterschied zwischen den Geschlechtern erklärt sich wesentlich anhand der Aktivitätsbereiche, in denen das geringer organisationsgebundene Engagement stattfindet. Eine Studie von ZiviZ (2023) zum informellen Engagement auf Basis von Daten des Freiwilligensurveys zeigt, dass Menschen sich in erster Linie in den

Bereichen Soziales (30 %), Kultur (25 %) sowie Schule und Kindergarten (23 %) informell engagieren. Es zählen also die Bereiche dazu, die allgemein stärker durch ein weibliches Engagement geprägt sind. Zur weiteren Ausgestaltung des informellen Engagements wird diesem eine hohe zeitliche Intensität bescheinigt. Das bedeutet, dass die informell Engagierten durchschnittlich mehr Stunden im Jahr freiwillig tätig sind als Vereinsengagierte. Insbesondere unter jenen, die sich »allein« engagieren, sind die jährlichen Engagementstunden hoch. Unterschiede bestehen auch zwischen den Altersgruppen: Das Engagement in individuell organisierten Gruppen wird besonders von jungen und älteren Menschen ausgeübt. Im Jahr 2019 engagierten sich bei den Jüngeren (im Alter von 14 bis 29 Jahren) 19 % in der Nachbarschaftshilfe, in Initiativen, Projekten, selbstorganisierten Gruppen oder »allein«. Von den Älteren (60 Jahre und älter) waren es im gleichen Jahr 18 %. Die größeren Freiheitsgrade und Spielräume, die dieses Engagement bietet, sind mittlerweile sowohl für jüngere als auch für ältere Menschen attraktiv.

Eine weitere Form des zivilgesellschaftlichen Engagements stellen informelle Unterstützungsleistungen dar, die von Personen gegenüber Dritten unentgeltlich und freiwillig im privaten Raum erbracht werden, zum Beispiel Netzwerkinstallation im Haushalt, Handwerkstätigkeit und Einkaufshilfen. Dabei ist die außerfamiliale informelle Unterstützung von innerfamiliärer Unterstützung zu unterscheiden. Informelle Unterstützung, die sich an nicht verwandte Personen richtet und in Form von kleinen Leistungen, sogenannten instrumentellen Hilfen wie Haushaltstätigkeiten, Kinderbetreuung und Pflege, außerhalb des eigenen Haushalts erfolgt, ist eine produktive Tätigkeit, die zur gesellschaftlichen Wohlfahrtsproduktion beiträgt und Ausdruck von Solidarität in der Gesellschaft ist. Gerade während der Coronapandemie kam dieser Engagementform ein hoher Stellenwert zu. Sie zeigte sich aber auch in besonderem Maße bei der Hilfe für

Geflüchtete ab dem Jahr 2015 oder der Unterstützung von Geflüchteten aus der Ukraine seit dem Jahr 2022.

Löst man die Unterscheidung von außerfamiliärer und innerfamiliärer Unterstützung auf, sind informelle Unterstützungsleistungen nach den Daten des SOEP im Zeitverlauf deutlich angestiegen. Im Jahr 1999 äußerte mehr als ein Drittel (37 %) der Befragten ab 17 Jahren, regelmäßig, das heißt mindestens einmal im Monat, Freunden, Verwandten oder Nachbarn bei Aufgaben des Alltags zu helfen. Im Jahr 2017 war es bereits fast die Hälfte (47 %). Hier zeigt sich: Es sind im Unterschied zum gering organisierten Engagement vor allem Männer und jüngere

Menschen, die regelmäßig mithelfen, das heißt informell für andere aktiv sind. Dem Bildungsniveau kommt hier eine geringere Bedeutung zu.

10.3.5 Spenden

Menschen können sich durch das Spenden von Geld für gemeinwohlorientierte Zwecke engagieren. Spenden sind ein freiwilliger finanzieller Transfer, bei dem die Spenderin oder der Spender keine äquivalente materielle Gegenleistung erhält. Die Spenden gehen zumeist an zivilgesellschaftliche Organisationen, die sie in der Regel an Bedürftige weiterleiten oder damit ausgewählte Projekte finanzieren.

Die Längsschnittbetrachtung des SOEP ermittelte für das Jahr 2019 einen Anteil von weniger als der Hälfte (43 %) der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger, die Geld gespendet haben. Im Vergleich zu 2017 (47 %) lässt sich somit ein leichter Rückgang der Spendenbereitschaft feststellen. Im Zeitverlauf zeigen sich nicht nur Unterschiede in der Spenderquote, sondern auch hinsichtlich der Spendenhöhe. Während 2009 die durchschnittliche Spendenhöhe 205 Euro betrug, stieg sie bis 2014 auf 257 Euro und erreichte im Jahr 2019 einen Betrag von 347 Euro. Generell zeigt sich dabei folgendes Muster: Über die Zeit spenden zwar anteilig weniger Personen, diese geben dafür aber einen höheren Betrag. ▶ Tab 4

▶ Tab 4 Spendenquote und durchschnittliche Spendenhöhe

	Spendenquote				Durchschnittliche Spendenhöhe			
	in %				in Euro			
	2009	2014	2017	2019	2009	2014	2017	2019
Insgesamt	40	47	47	43	205	257	300	347
Geschlecht								
Männer	38	45	45	41	243	303	355	416
Frauen	42	48	49	45	172	216	252	286
Alter								
17 bis 29 Jahre	21	27	28	23	65	80	128	110
30 bis 39 Jahre	33	39	42	38	167	210	227	228
40 bis 49 Jahre	41	46	48	45	184	272	268	268
50 bis 59 Jahre	42	48	49	45	197	255	318	432
60 bis 69 Jahre	47	54	51	47	235	257	308	401
ab 70 Jahren	52	61	60	55	265	329	407	420
Schulischer und beruflicher Abschluss								
ohne Schulabschluss, Hauptschulabschluss sowie ohne beruflichen Abschluss	25	30	30	25	109	155	161	224
Realschulabschluss, Abitur und beruflicher Abschluss	38	45	45	41	160	189	231	257
Fach-/Hochschulabschluss	57	64	64	61	323	412	458	505
Arbeitslos gemeldet								
ja	16	20	22	19	78	105	121	229
nein	42	49	49	45	209	261	305	349
Region								
Ost	33	36	38	36	131	138	160	221
West	42	49	49	45	219	277	323	368
Ehrenamtliche Tätigkeit								
wöchentlich	59	66	68	61	368	460	565	703
monatlich	58	64	63	63	231	314	401	360
seltener	52	53	54	52	226	245	259	350
nie	34	40	40	37	161	198	227	252

Datenbasis: SOEP V38
Quelle: DIW Wochenbericht 46/2022, S.600

Nicht alle Bevölkerungsgruppen beteiligten sich in gleichem Maße an Spendenaktivitäten. Die Spendenbeteiligungsquote der Westdeutschen war 2019 um 9 Prozentpunkte höher als jene der Ostdeutschen. Bezüglich der geschlechtsspezifischen Unterschiede im Spendenverhalten zeigt sich, dass der Anteil der Frauen etwas höher ausfiel. Die unterschiedliche Spendenbeteiligung beider Geschlechter wird oft mit der durchschnittlich längeren Lebenserwartung von Frauen erklärt. Ältere Personen neigen eher dazu zu spenden als jüngere.

Besonders gering fällt der Anteil der Spendenden bei den befragten Jugendlichen und jüngeren Erwachsenen aus. In der Gruppe der 17- bis 29-Jährigen hatte 2019 weniger als jede/jeder Vierte Geld gespendet. Viele Menschen beginnen offensichtlich erst im mittleren Alter (ab 30 Jahren) mit dem Spenden. In der Altersgruppe ab 70 Jahren steigt die Spendenbereitschaft deutlich an. Gleichwohl lässt sich seit 2014 ein leichter Rückgang der Spendenbeteiligung auch bei den Älteren feststellen.

Für den Einfluss des Alters auf das Spendenverhalten werden verschiedene Ursachen angeführt. Der soziale Generationenansatz geht davon aus, dass Menschen gleichen Alters zu einem ähnlichen Verhalten tendieren, da sie ähnliche Erfahrungen in ihrer Kindheit (zum Beispiel Krieg oder Solidarität in Krisensituationen) gemacht haben. Sozioökonomische Erklärungsansätze führen die größere Spendenbereitschaft älterer Personen hingegen eher auf deren bessere wirtschaftliche Situation durch höhere und gesicherte Einkommen sowie das angesammelte Vermögen zurück (siehe Kapitel 5.4, Seite 218). Ein höherer Wohlstand erlaubt es einer Person, einen Teil dieses Wohlstands anderen Menschen oder Projekten zukommen zu lassen, ohne selbst in wirtschaftliche Schwierigkeiten zu geraten oder Verzicht leisten zu müssen. Insofern kann der Rückgang der Spendenbeteiligung bei den Älteren

durchaus mit einer Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Situation zusammenhängen.

Ähnlich wie beim zivilgesellschaftlichen Engagement beeinflussen Bildungsmerkmale das Spendenverhalten gravierend. Personen mit einem Fach- oder Hochschulabschluss weisen für 2019 mit 61 % einen mehr als doppelt so hohen Anteil von Spenderinnen und Spendern auf als Personen ohne Abschluss oder mit Hauptschulabschluss (25 %). Mit höherer Bildung und beruflicher Qualifikation steigt zugleich die durchschnittliche Spendenhöhe. Sie erreichte bei Personen mit Fach- oder Hochschulabschluss im Jahr 2019 durchschnittlich 505 Euro, während sie bei jenen ohne Abschluss oder mit Hauptschulabschluss 224 Euro betrug.

Personen, die ehrenamtlich engagiert sind, spendeten nicht nur anteilig häufiger Geld als Nichtengagierte. Sie spendeten auch durchschnittlich deutlich höhere Beträge.

Insgesamt sind die Spendenzwecke sehr vielfältig. Laut dem Freiwilligen survey spendeten im Jahr 2019 bei möglichen Mehrfachnennungen 24 % der Spenderinnen und Spender unter anderem für Kinder und Jugendliche, 20 % für die Behinderten- und Krankenhilfe, 19 % für die Not- und Katastrophenhilfe, 18 % für den Umwelt-, Natur- oder Tierschutz, 16 % für die Entwicklungshilfe und 15 % für den kirchlichen oder religiösen Bereich. Besonders eindrucksvoll ist die Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Nach den Berechnungen des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) wurde im Jahr 2022 mit 862 Millionen Euro die höchste Spendensumme für die Betroffenen mobilisiert, die jemals in Deutschland für einen bestimmten Anlass gespendet wurde. Diese beeindruckende Zahl zeugt von großer Solidarität und wird ergänzt durch unzählige Sachspenden und den Einsatz vieler ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer besonders für die Unterstützung von Geflüchteten aus der Ukraine.

10.4 Digitalisierung und politische Partizipation

Martin Emmer

Freie Universität Berlin/

Weizenbaum-Institut

Christian Strippel

Weizenbaum-Institut

WZB/SOEP

Seit Mitte der 1990er-Jahre haben digitale Medien den Handlungsspielraum von Bürgerinnen und Bürgern deutlich erweitert. Das gilt im Bereich des gesellschaftlichen Engagements und der politischen Partizipation ebenso wie in vielen anderen Alltagskontexten. Zugleich sind diese neuen digitalen Möglichkeiten in einem ständigen Wandel begriffen, was die Erforschung politischer Partizipation und Kommunikation vor große Herausforderungen stellt. Unentwegt entstehen neue digitale Tools und Anwendungen, die in der öffentlichen Wahrnehmung oft als disruptive Innovationen gehandelt werden. Die erste Innovationswelle im Bereich politischer Kommunikation und Partizipation in den 1990er-Jahren ist mit frühen Anwendungen wie E-Mail und dem World Wide Web verbunden: Diese Technologien erweiterten die Interaktionsmöglichkeiten zwischen Bürgerinnen und Bürgern, staatlichen Institutionen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, eröffneten politischen Akteuren unabhängig von journalistischen Gatekeepern neue Zugänge zur Öffentlichkeit und vergrößerten damit das politische Informationsangebot.

Im Zuge der umfassenden technischen und sozialen Entwicklungen der vergangenen 20 Jahre hat sich die digitale Medienumgebung grundlegend verändert. Internetnutzung und digitale Kommunikation finden heute überwiegend mobil statt, das Smartphone dominiert die alltägliche Mediennutzung und die Infrastruktur für Vernetzung, Informationsaustausch und Kommunikation wird insbesondere durch Social-Media-Plattformen wie Facebook, Instagram oder TikTok bereitgestellt. Die Kommunikationsprozesse über diese Plattformen sind geprägt durch eine intensive Kuratierung – also die Auswahl und Zusammenstellung – von Inhalten durch die Plattformanbieter. Dabei werden die Profile von Nutzerinnen und Nutzern analysiert, um ihnen automatisiert gefilterte und personalisierte Inhalte anzubieten. In den vergangenen zehn Jahren hat sich gezeigt, wie dramatisch sich diese Praxis – die aus

Sicht der Plattformanbieter in erster Linie einer besseren Monetarisierung der Inhalte dient – auf den politischen Prozess, insbesondere den politischen Diskurs und die politische Partizipation auswirkt. Ein Beispiel dafür ist der Cambridge-Analytica-Skandal in den USA 2016. Dort zeigte sich, dass die personalisierten Informationsmenüs der Menschen auf sozialen Medien Einfallstore für individuell zugeschnittene und dadurch extrem manipulative politische Botschaften darstellen können.

Beim Blick auf digitale Formen politischer Partizipation sollte dennoch nicht übersehen werden, dass etablierte Formen politischen Handelns dadurch nicht einfach ersetzt werden. Stattdessen ist politische Partizipation oft eng mit physischer Präsenz verknüpft, sei es beim Wahlprozess oder auf Demonstrationen und Versammlungen (siehe Kapitel 10.1, Seite 345). Diese Formen der politischen Teilhabe spielen nach wie vor eine wichtige Rolle, wobei sie durch die Nutzung digitaler Medien oft ergänzt werden, etwa wenn im Vorfeld einer Demonstration über Messenger-Gruppen mobilisiert wird oder nach einem Event auf Social-Media-Plattformen Videos und Bilder verbreitet werden.

Darüber hinaus sind neue Praktiken und Handlungsräume entstanden, die durch digitale Technologien ermöglicht werden und in erster Linie im Bereich der diskursiven Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern liegen. In Kommentarbereichen von Nachrichtenseiten, Videoplattformen, sozialen Medien oder Foren finden heute politische Debatten und Meinungsbildung statt, die sich bisher weitgehend verborgen im privaten Bereich vollzogen und in der Regel keine größeren Öffentlichkeiten erreichten. Zugleich sind heute mit diesen neuen Formen der digitalen Partizipation auch negative Phänomene wie die Verbreitung von Hassrede, Desinformation und antidemokratischer Propaganda verbunden.

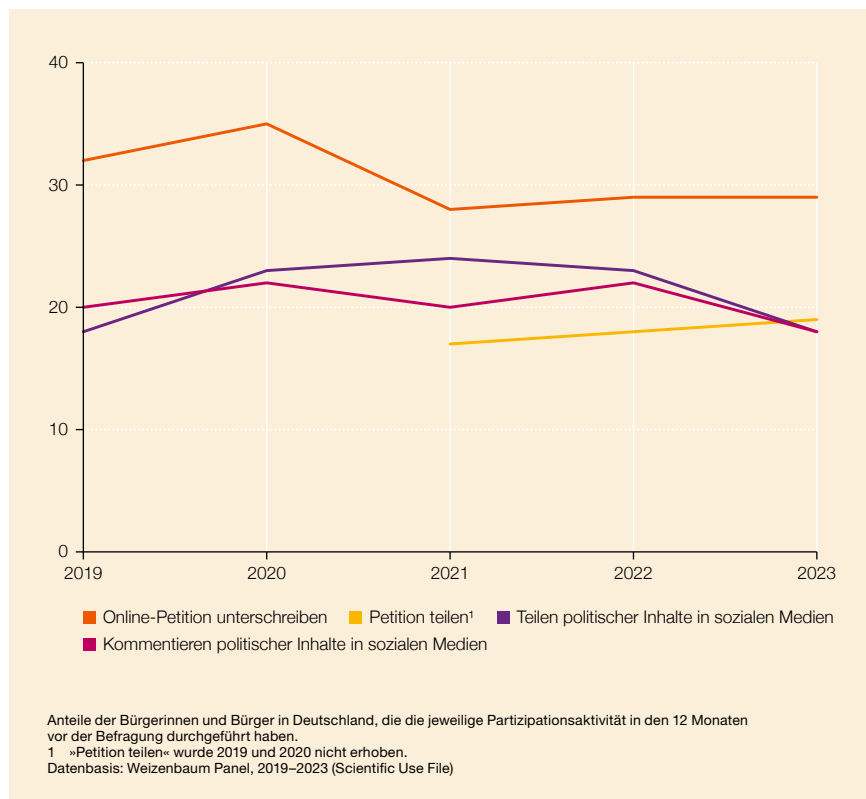
Im Folgenden liegt der Fokus auf diesen neuen, digitalen Formen der politischen

► Info 1

Weizenbaum Panel

Die hier präsentierten Befunde basieren auf den Daten des Weizenbaum Panels, einer Längsschnittbefragung des Weizenbaum-Instituts in Kooperation mit der Freien Universität Berlin. Seit 2019 wird jährlich eine repräsentative Stichprobe von Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland ab einem Alter von 16 Jahren telefonisch zu ihrer Mediennutzung, demokratischen Einstellungen und politischen Partizipation mit einem besonderen Schwerpunkt auf digitalen Partizipationsformen befragt (2019: 1 298 Befragte, 2020: 964, 2021: 1 595, 2022: 2 023, 2023: 2 170). Die Untersuchung ist dabei als rollendes Panel angelegt, das heißt, es werden in jedem Jahr möglichst dieselben Personen befragt. Neue Befragte zum Ausgleich der Panelmortalität werden nach den üblichen Zufallsverfahren für Telefonbefragungen in Deutschland (Dual-Frame-Ansatz, Gabler-Häder-Design, Last-Birthday-Methode) ausgewählt. Der hier zugrunde liegende Datensatz (Scientific Use File) umfasst alle Jahre von 2019 bis 2023. Für die Auswertung wurde nach Bildungsstand (Schulabschluss) gewichtet. Weitere Informationen zum Weizenbaum Panel, der öffentlich nachnutzbare Datensatz (Public Use File) sowie alle Fragebögen, Methodenberichte und weiteres Material gibt es unter: <https://panel.weizenbaum-institut.de>

► Abb 1 Beteiligung an Formen digitaler politischer Partizipation – in Prozent



Partizipation. Unter Rückgriff auf die Befragungsdaten des Weizenbaum Panels wird gezeigt, wie weit verbreitet ausgewählte digitale Partizipationsformen sind, welche Rolle internetbezogene Bürgernormen spielen und welche Ungleichheiten sich in diesem Bereich beobachten lassen. ► Info 1

10.4.1 Digitale Partizipationsformen

Wie traditionelle Formen der politischen Partizipation müssen auch digitale Formen im Kontext der gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen betrachtet und interpretiert werden. Seit dem Beginn der Datenerhebung des Weizenbaum Panels im Jahr 2019 spielt insbesondere

die Coronapandemie eine zentrale Rolle: Ihre globale Ausbreitung und die soziale Ausnahmesituation während der Lockdowns hatten einen erheblichen Einfluss auf das alltägliche Leben der Menschen in Deutschland und prägten das Themenspektrum im öffentlichen Diskurs maßgeblich. In die auslaufende Pandemie fiel dann Anfang 2022 der russische Angriff auf die Ukraine, der vielfältiges Engagement ausgelöst hat. Solche Ereignisse spiegeln sich im Verlauf der Zeit auch in der digitalen Partizipation wider.

Vier digitale Formen der politischen Partizipation sollen im Folgenden vorgestellt werden: Dies ist zunächst das Unterzeichnen von Petitionen als eine etablierte Partizipationsform, die auch digital populär ist und zu den frühesten internetbasierten Partizipationsformen zählt. Daneben sind durch den Aufstieg sozialer Medien weitere Formen der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern am politischen Diskurs möglich geworden: Neben dem Teilen von Petitionen mit anderen Nutzerinnen und Nutzern sind dies vor allem das Teilen und das Kommentieren von politischen Inhalten.

Im ersten Jahr der Coronapandemie ist die digitale politische Partizipation insgesamt stark angestiegen: Die Beteiligung an allen drei zu jener Zeit abgefragten Partizipationsformen nahm von 2019 auf 2020 zu. Danach setzte sich dieser Trend allerdings nicht fort: Die Zahl der Unterstützerinnen und Unterstützer von Online-Petitionen ging in den Folgejahren deutlich zurück, und auch die Beteiligung an öffentlichen Debatten, gemessen anhand des Teilens oder Kommentierens von politischen Inhalten, hat sich mit einer leichten zeitlichen Verzögerung verringert. ► Abb 1

Eine naheliegende Erklärung für einige dieser Muster sind die Kontaktbeschränkungen während der Pandemie, die sich auch in einer deutlich zurückgegangenen Beteiligung in traditionellen Partizipationsformen niedergeschlagen haben. Zugleich ist das politische Themenspektrum insbesondere im ersten Pandemiejahr durch die alles überlagernden Probleme im Zusammenhang mit der Pandemie

deutlich kleiner geworden. Dies könnte erklären, warum einerseits die Beteiligung an politischen Diskursen – etwa durch das Teilen politischer Inhalte in sozialen Medien – zugenommen hat, während Aktivitäten, die eher selten und themenbezogen stattfinden – wie das Unterzeichnen von Petitionen –, zurückgingen.

Das Kommentieren politischer Inhalte auf sozialen Medien blieb im Zeitverlauf vergleichsweise stabil, es war dabei aber auch nur für eine kleine Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern wirklich wichtig. Von den durchschnittlich etwas über 20 % der Menschen, die in den zwölf Monaten vor dem Befragungszeitpunkt politische Inhalte kommentiert hatten, tat es im Schnitt mehr als die Hälfte sehr selten (einmal im Monat oder seltener). Bezogen auf die Gesamtbevölkerung haben damit im Jahr 2023 nur knapp 4 % regelmäßig (mehrmals wöchentlich oder täglich) politische Inhalte auf sozialen Medien kommentiert. Dies zeigt, dass die in der öffentlichen Debatte oft kritisch diskutierten Inhalte in sozialen Medien – etwa Hasskommentare oder rechtsextreme Beiträge – keineswegs der Diskursbeteiligung breiter Bevölkerungsschichten entspringen, sondern dass dort in konzentrierter Form die Weltbilder kleiner, aber sehr aktiver Gruppen sichtbar werden. Daraus ergibt sich ein besonders großes Potenzial für die Manipulation des öffentlichen Meinungsbildes durch strategisch kommunizierende Akteure wie ausländische Regierungen oder extremistische Gruppen.

10.4.2 Internetbezogene Bürgernormen

Die Eröffnung neuer Handlungsoptionen, die den Menschen bisher verschlossen waren – etwa die direkte Beteiligung an medialen Debatten, die früher vor allem Journalistinnen und Journalisten vorbehalten war –, kann Einfluss auf das bürgerschaftliche Selbstverständnis der Menschen haben. Das Weizenbaum Panel geht daher über die Erhebung von reinen Partizipationshandlungen hinaus und erfasst den digitalen Wandel von

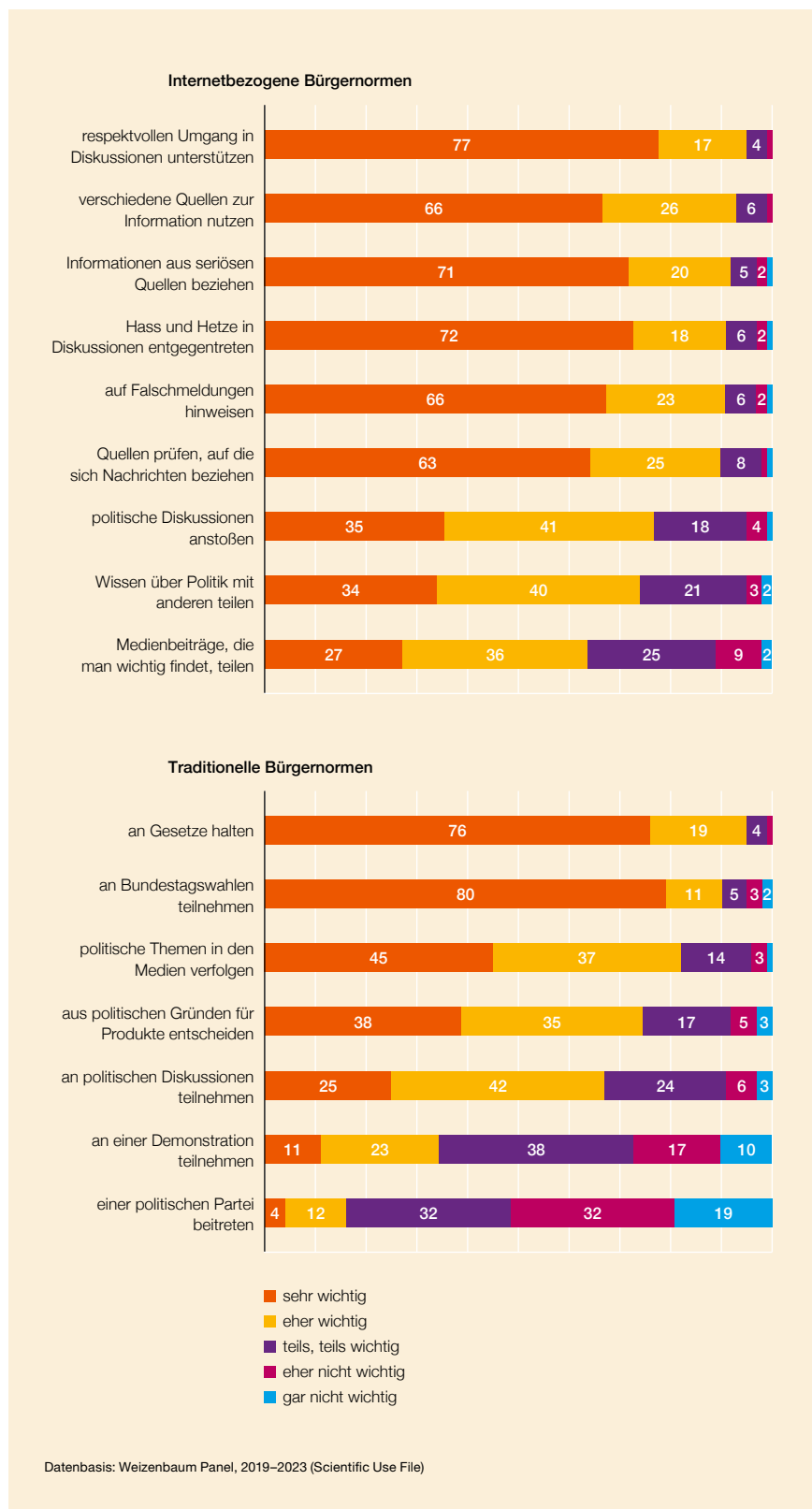
Bürgerschaft auch auf der Ebene der Politikvorstellungen der Bürgerinnen und Bürger. Dazu wurden in den vergangenen Jahren sogenannte Bürgernormen erhoben – also Ansichten darüber, wie sich »gute« Bürgerinnen und Bürger in einer Demokratie verhalten sollten –, wobei hier zwischen traditionellen und internetbezogenen Bürgernormen unterschieden wurde.

Traditionelle Bürgernormen wurden mit wenigen Ausnahmen (wie dem Parteibeitritt oder der Teilnahme an einer Demonstration) von einem großen Teil der Menschen als sehr wichtig oder eher wichtig angesehen. Die meisten internet-

bezogenen Normen erfuhren sogar eine noch größere Zustimmung. Interessant ist hier das Muster, dass einerseits nicht von vielen die Erwartung geäußert wurde, sich als Bürgerin oder Bürger an politischen Diskussionen zu beteiligen (nur 25 % finden dies sehr wichtig). Wenn andererseits aber eine Beteiligung stattfindet, hielt die große Mehrheit es für sehr wichtig, einen respektvollen Umgang miteinander zu pflegen (77 %), sich gegen Hass und Hetze einzusetzen (72 %) oder auf Falschmeldungen hinzuweisen (66 %). Ähnliches gilt für die Wichtigkeit, gut informiert zu sein: Auch hier erwartete die Mehrheit von »guten« Bürgerinnen und



► **Abb 2 Wichtigkeit traditioneller und internetbezogener Bürgernormen 2022**
— in Prozent



Bürgern nicht unbedingt, dass sie sich politisch informieren (nur 45 % finden dies sehr wichtig). Wenn sie es aber tun, dann sollte dies mit kritischer Prüfung (63 %) und auf Basis vielfältiger (66 %) und seriöser (71 %) Quellen geschehen. ► **Abb 2**

Grundsätzlich scheint der Mehrheit der Menschen also die Art und Weise der politischen Beteiligung wichtiger zu sein als sich als Bürger oder Bürgerin überhaupt politisch zu beteiligen. Gute Bürgerschaft zeichnet sich für viele also nicht unbedingt durch hohe Aktivität aus, sondern dadurch, wie man solchen Aktivitäten nachgeht. Theoretisch lässt sich daraus ableiten, dass die Menschen in Deutschland ein eher »liberales« Bürgerschaftskonzept bevorzugen, das Beteiligungsrechte sichert, aber keine permanente Beteiligung fordert. Wie in anderen Sektoren der digitalen Sphäre auch (zum Beispiel beim Schutz persönlicher Daten) deutet sich hier eine gewisse Diskrepanz zwischen dem Wissen über Potenziale und Risiken auf der einen und praktischem Handeln auf der anderen Seite an. Die Qualität des digitalen Diskurses könnte angesichts dieser hohen normativen Erwartungen besser sein als sie es tatsächlich ist, würden mehr Menschen daran teilnehmen.

10.4.3 Online Civic Intervention – Einsatz gegen Hass und Falschnachrichten im Internet

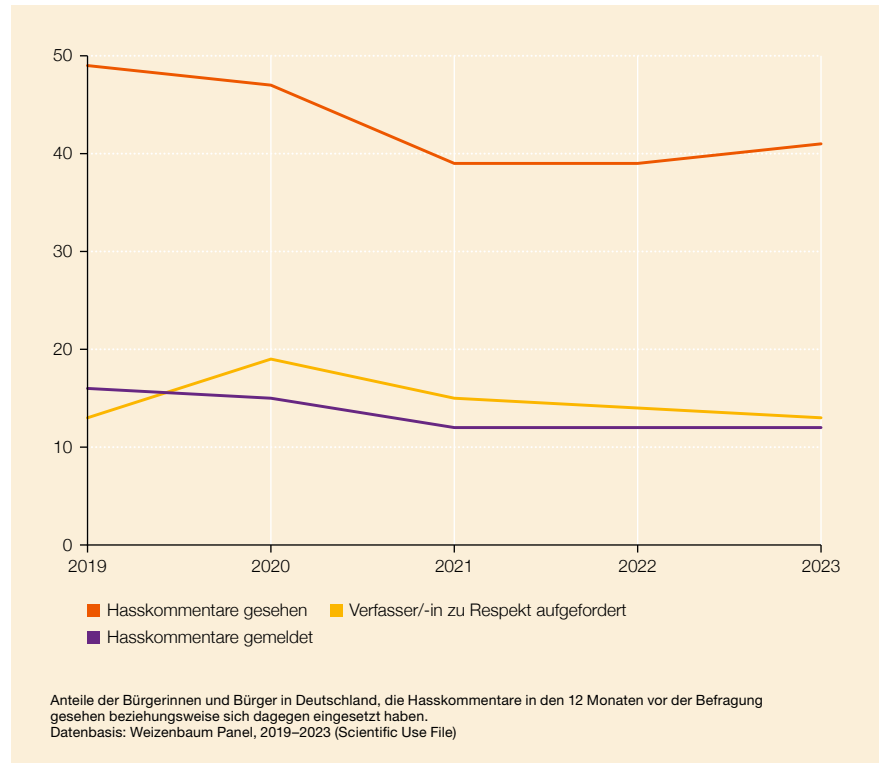
Die Frage, wie Bürgerinnen und Bürger mit Hassrede oder Falschnachrichten, die den politischen Diskurs im Internet massiv beeinträchtigen können, umgehen, wurde durch die Erhebung von Indikatoren für das bürgerschaftliche Eintreten gegen solche Phänomene (Fachbegriff »Online Civic Intervention«) erfasst.

Hier fällt auf, dass die Wahrnehmung von Hasskommentaren seit 2019, auch in den Jahren der Coronapandemie, deutlich zurückging: von 49 % im Jahr 2019 auf 39 % im Jahr 2021. Angesichts der parallelen Zunahme der digitalen Partizipation ist dies erklärungsbedürftig. Eine mögliche Ursache könnte die zunehmende politische Regulierung etwa durch das Gesetz

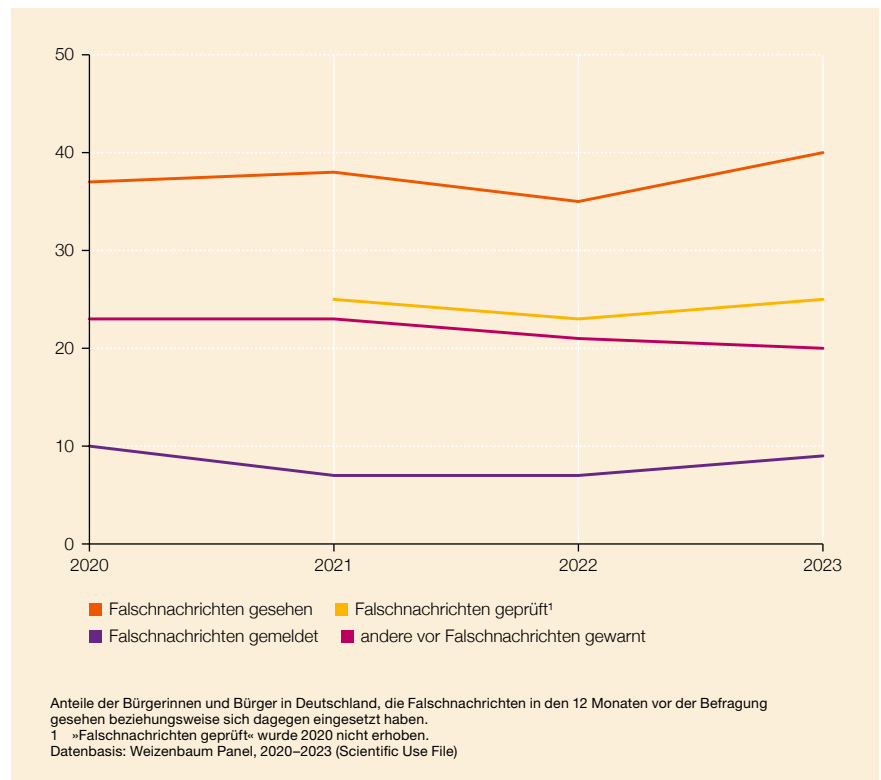
zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken (NetzDG) sein, in deren Folge eine verstärkte Moderation von Kommentaren durch Plattformen und direkte Interventionen von Bürgerinnen und Bürgern stattfanden. Dass der Rückgang der Wahrnehmung von Hasskommentaren als Form der Abstumpfung oder selektiven Wahrnehmung zu interpretieren ist, erscheint hingegen unwahrscheinlich, da zwischen 2019 und 2020 gleichzeitig eine Zunahme von aktivem Einschreiten der Menschen zu verzeichnen ist. Dies kann in Zusammenhang mit der deutlichen Zunahme digitaler Beteiligung zu Beginn der Pandemie stehen. Die direkte Konfrontation der Verfasserinnen und Verfasser von Hasskommentaren im Internet war trotz der damit verbundenen Risiken sogar verbreiteter als das Melden dieser Kommentare bei den Plattformanbietern. Eine mögliche Erklärung hierfür ist die von vielen wahrgenommene geringe Effizienz solcher Meldungen. Die verbreitete Befürchtung, viele Menschen würden sich aus Angst vor negativen Reaktionen aus Debatten im Internet zurückziehen, wird durch diese Befunde nicht bestätigt. ► Abb 3

Falschnachrichten – auch »Fake News« genannt – spielen ebenfalls eine große Rolle, auch wenn deren Wahrnehmung in den Jahren 2020 bis 2023 mit durchschnittlich 38 % etwas niedriger ausgeprägt war als die der Hasskommentare. Als Reaktion auf Falschmeldungen hat rund ein Viertel der Bürgerinnen und Bürger schon einmal Nachrichten geprüft. Etwas niedriger lag der Anteil der Personen, die andere vor Falschmeldungen gewarnt haben. Er sank bis 2023 auf rund ein Fünftel. Deutlich seltener (weniger als 10 %) wurden Falschnachrichten gemeldet. Im Zeitverlauf gibt es sowohl bei der Wahrnehmung von Falschnachrichten wie auch bei den unternommenen Gegenmaßnahmen der Menschen eher geringfügige Veränderungen. Die Anstiege zwischen 2022 und 2023 könnten mit dem russischen Krieg gegen die Ukraine zusammenhängen. Ob sie einen Trend einleiten, lässt sich derzeit noch nicht sagen. ► Abb 4

► Abb 3 Einsatz gegen Hasskommentare – in Prozent



► Abb 4 Einsatz gegen Falschnachrichten – in Prozent



10.4.4 Ungleichheiten in der digitalen Partizipation

Eine Herausforderung für jede Demokratie ist die ungleiche politische Beteiligung verschiedener Bevölkerungsgruppen. Deren Bedürfnisse und Erwartungen können dadurch unterschiedlich stark in politische Diskurse und Entscheidungen eingehen. Da das Internet im öffentlichen Diskurs häufig als eine demokratisierende Infrastruktur beschrieben wird, die niedrigschwellige Beteiligung ermöglicht, ist die Frage von besonderem Interesse, ob sich im Bereich der digitalen Partizipation tatsächlich eine geringere soziale Spaltung zeigt.

Grundsätzlich fällt auf, dass sich bei den untersuchten digitalen Partizipationsformen stärkere Gruppenunterschiede zeigen als bei traditionellen. So waren Frauen insbesondere bei öffentlich sichtbaren Aktivitäten (politische Inhalte teilen sowie Verfasserinnen und Verfasser

von Hasskommentaren zu Respekt auffordern) seltener aktiv als Männer. Die Unterschiede werden dabei über die Jahre sogar noch größer. Relativ erwartbar sind hingegen die Altersunterschiede: Je jünger die Bürgerinnen und Bürger waren, umso aktiver waren sie im Internet. Die Unterschiede zwischen den Altersgruppen waren zum Teil erheblich, insbesondere wenn die unter 35-Jährigen und die über 59-Jährigen verglichen werden: Hier betrugen die Unterschiede bis zu 30 Prozentpunkte. Zwischen 2019 und 2023 wurden diese Unterschiede allerdings etwas geringer. Ein ähnliches Muster zeigt sich auch für Bildungs- und Einkommensunterschiede: So beteiligen sich Menschen mit niedriger formaler Bildung und niedrigem Einkommen digital weitaus weniger als andere Menschen. Dass diese Unterschiede bei den beiden dargestellten Social-Media-Aktivitäten – dem Teilen politischer Inhalte und der

Reaktion auf Hasskommentare – etwas kleiner waren als bei den Online-Petitionen, kann darauf hinweisen, dass diese niedrigschwelligen Partizipationsformen das Potenzial haben, Ungleichheiten bei der politischen Beteiligung etwas auszugleichen, auch wenn diese beiden Aktivitäten im Partizipationsrepertoire der Menschen insgesamt noch eine vergleichsweise geringe Rolle spielen. ▶ Tab 1

Eine Auswertung nach der politischen Links-rechts-Orientierung offenbart, dass die digitale Partizipation an den politischen Rändern höher ist als in der Mitte des politischen Spektrums. Personen, die sich politisch links einschätzen, waren dabei eher aktiv. Auch dies kann zum Phänomen einer polarisierten Öffentlichkeit beitragen: Relativ wenige Menschen sind sehr aktiv, und dies sind überwiegend solche mit stark ausgeprägten und einander entgegengesetzten politischen Identitäten. Diese Verteilung

► Tab 1 Digitale politische Partizipation verschiedener Bevölkerungsgruppen – in Prozent

	Online-Petitionen unterschrieben			Politische Inhalte geteilt			Hasskommentare: Verfasser/-in zu Respekt aufgefordert		
	2019	2021	2023	2019	2021	2023	2019	2021	2023
Insgesamt	32	28	29	18	24	18	13	15	13
Geschlecht									
Frauen	33	27	30	17	21	14	12	13	10
Männer	32	28	28	19	26	22	14	16	15
Alter									
16–34 Jahre	45	41	36	35	46	35	28	28	24
35–59 Jahre	38	36	35	18	29	23	14	18	16
ab 60 Jahren	19	17	23	9	14	12	4	8	9
Bildung									
Volks-/Hauptschulabschluss	16	14	18	11	12	12	10	11	9
Mittlere Reife	37	24	26	16	23	15	13	14	12
(Fach-)Hochschulreife	47	43	40	26	35	26	15	18	16
Einkommen									
bis 2 000 Euro	23	15	16	17	19	13	8	10	8
über 2 000 bis 5 000 Euro	36	27	30	16	24	18	12	16	14
über 5 000 Euro	51	50	42	29	41	28	23	20	18
Politische Orientierung ¹									
links	43	40	40	23	34	24	13	19	13
Mitte	28	20	22	14	19	12	13	14	13
rechts	23	28	25	21	27	26	15	9	15

Anteile der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland, die die jeweilige Partizipationsaktivität in den 12 Monaten vor der Befragung durchgeführt haben.
1 Politische Orientierung: Selbsteinstufung auf einer Links-rechts-Skala von 1 bis 10, links = 1 bis 4, Mitte = 5 bis 6, rechts = 7 bis 10.
Datenbasis: Weizenbaum Panel, 2019–2023 (Scientific Use File)

trägt sicher dazu bei, dass Polarisierungstendenzen in der Öffentlichkeit dramatischer erscheinen als sie in der Gesamtbevölkerung tatsächlich sind.

10.4.5 Ausblick

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sich digitale Partizipation weiterhin entwickelt und stetig verändert. Vor allem jüngere Bürgerinnen und Bürger nutzen aktuell soziale Medien, um sich politisch einzubringen, aber auch für andere Bevölkerungsgruppen eröffnen sich mit der Digitalisierung neue Handlungsmöglichkeiten zur Kommentierung, Vernetzung und politischen Information. Das gilt besonders hinsichtlich der Beteiligung der Menschen am alltäglichen politischen Diskurs. Für Politik, Gesellschaft und Forschung stellt sich damit die Aufgabe, digitale Formen der politischen Partizipation als relevant anzuerkennen und zu fördern.

Die digitale politische Partizipation der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland zeigt sich nicht nur im Handeln, sondern auch in den Normerwartungen und dem bürgerschaftlichen Selbstverständnis. So gibt es klare Erwartungen an das eigene Verhalten und das Verhalten anderer im digitalen politischen Diskurs, beispielsweise das Einschreiten gegen Hassrede und Falschnachrichten. Zugleich darf dabei nicht aus dem Blick geraten, dass die digitale Partizipation noch immer durch eine ungleiche Repräsentation verschiedener Bevölkerungsgruppen geprägt ist, was auch Folgen für die zum Teil verzerrte Wahrnehmung von politischen Positionen in öffentlichen Debatten im Internet haben kann. Frauen, ältere Menschen und Gruppen mit niedrigem Einkommen oder niedrigen Bildungsabschlüssen sind bei der digitalen politischen Partizipation nach wie vor unterrepräsentiert.